



# Bürger\*innenbrief

17. Februar 2026

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**Die Linke**

Olympia jetzt klimapositiv +++ Mietwucher +++ Die CRES-Mietenstudie im Methoden-Check +++ Kritik an angekündigter Mietrechtsreform +++ Steffi Wittenberg zum 100. Geburtstag +++ Dokumentationszentrum denk.mal +++ Vorgestellt: Cansu Özdemir +++ Willi Bredel +++ »Kultur unter Kontrolle«



Nicht vergessen, am 8. März, dem Internationalen Frauentag bzw. Feministischen Kampftag, wird wieder demonstriert (Foto: M. Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Pause zum Jahreswechsel melden wir uns mit der neuen Ausgabe unseres Bürger\*innenbriefes zurück.

Atemlos hat uns in den vergangenen Monaten ja schon gemacht, was da unter Trump aus den USA zu uns herüberschwappt und Wellen bis nach Venezuela, Grönland und – ja – rund um den Erdball schlägt. Aber immer öfter halten wir auch die Luft an bei dem, was uns im eigenen Land begegnet: Da tritt Bundeskanzler Friedrich Merz eine unsägliche »Stadtbild«-Debatte los; Innenminister Alexander Dobrindt schließt hunderttausende Zugewanderte von Integrationskursen aus; die Mittelstandsunion faselt von der abzuschaffenden »Lifestyle-Teilzeit«; der CDU-nahe Wirtschaftsrat

schlägt vor, die Zahnbehandlung aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen zu streichen; Junge-Union-Chef Johannes Winkel will den milliardenschweren »Irrsinn« beim Sozialstaat zusammenstreichen; diskutiert werden mögliche Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Einführung von Karenztagen (= unbezahlten Krankheits-tagen) bei Krankschreibungen usw. usf. Der Generalangriff auf die Rechte der Arbeitnehmer\*innen hat begonnen, die Umverteilungsschraube wird angezogen, schließlich müssen nach Regierungsmeinung zusätzliche 500 Milliarden Euro für Rüstung und Militarisierung ja auch irgendwo herkommen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke kritisiert die Liste der

Unzumutbarkeiten als »neoliberale Horrorshow«, mahnt in einer Erklärung der deutschen Gewerkschaften »Gerechtigkeit statt Spaltung« an und gibt sich kampfbereit.

Und in Hamburg? Sieht es auch nicht rosig aus. Schon im letzten Herbst hatte der NDR über den sich immer weiter zuspitzenden Personalmangel berichtet. Rund 5.000 Stellen im öffentlichen Dienst waren da unbesetzt, davon alleine im Bezirksamt Hamburg-Mitte 200 und - wie eine NDR-Meldung vom 16. Februar besagt -250 Stellen in der hamburgischen Steuerverwaltung, darunter 150 der für die Durchleuchtung großer Betriebe so wichtigen Betriebsprüfer\*innen. Auf die Mangelsituation beispielsweise im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit hat die Linksfraktion in den vergangenen Monaten aufmerksam gemacht, auch wenn sich den Betrachter\*innen unserer überall aufgestellten Plakate nicht immer gleich erschlossen hat, wer oder was denn mit der OKJA gemeint ist.

Aber wie auch immer, absoluter Schwerpunkt in diesen Tagen ist die Sammlung von Unterschriften dafür, dass in



Mehr zum Thema OKJA bei der Linksfraktion Hamburg

den ab 24. April verschickten Abstimmungsunterlagen zum Olympia-Referendum auf 15 von 16 Seiten nicht nur die Unterstützer\*innen der Hamburger Bewerbung zu Worte kommen, sondern auch die Gegenposition der NOlympia-Bewegung angemessen Raum in der Broschüre zugestanden wird (mehr dazu unter [www.nolympia-hamburg.de/](http://www.nolympia-hamburg.de/)). Soweit ist es in Sachen Olympiabewerbung in unserer Stadt schon gekommen, die Kritiker\*innen, die bei der Volksabstimmung 2015 eine Mehrheit erzielten, müssen bis zum 20. Februar 10.000 Unterschriften sammeln, damit ihr Statement Berücksichtigung findet.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir die Kündigung der Konten der Roten Hilfe und der DKP ausgerechnet durch die GLS Bank und zuletzt der VVN durch die Berliner Postbank. Egal, ob vorausseilender Gehorsam gegenüber Trump oder nicht, hier wird die linke Bewegung auf besondere Weise angegriffen.

Kurz, es wird absehbar nicht besser und uns steht in den kommenden Monaten in sozialer und politischer Hinsicht ein hartes Jahr bevor. Von den nicht enden wollenden Kriegen in der Ukraine und im Gazastreifen, den Angriffen auf Rojava und weiteren Konflikten einmal ganz abgesehen. Immerhin, uns stehen auch einige Termine bevor, zu denen wir unseren Widerstand verkünden und Flagge zeigen können: am 8. März, auf dem Ostermarsch, am 1. Mai und sicherlich noch so mancher Prüf-Demo, NOlympia-Aktionen und anderen Manifestationen der Zivilgesellschaft. Genießen wir aber auch die Sonnentage und den sich langsam verabschiedenden Winter. Energie tanken eben!

Heike Sudmann und Stephan Jersch  
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho



Das wars dann wohl: Winter adé! Nun ja, noch liegt Schnee. (Gesehen jüngst im Wendland (Foto: M. Joho)

# Olympia jetzt sogar klimapositiv – Hamburger Senat antwortet auf LINKE Fragen

Von Dirk Seifert, FAIRspielen.de

Der Hamburger Senat will die angestrebten Olympischen Spiele nicht nur klimaneutral, sondern sogar klimapositiv organisieren. Die Bürgerschaftsabgeordneten Stephan Jersch und Martin Wolter (beide Fraktion DIE LINKE) haben mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage Antworten vom Senat verlangt, wie das funktionieren soll. Der NDR hatte über entsprechende Aussagen der Umweltsenatorin Katharina Fegebank (GRÜNE) berichtet. Nach dem erfolgreichen Zukunftsentscheid muss Hamburg seine Klimaschutzmaßnahmen deutlich verstärken und bereits im Jahr 2040 klimaneutral sein.

- NDR: Fegebank wirbt für Klimaneutralität und Olympia als Doppelziel für Hamburg
- BUND Hamburg bestärkt Kritik gegen Prestigeprojekt Olympia-Bewerbung
- In München, Hamburg, Berlin und Rhein-Ruhr – BUND sagt NEIN zu Olympia-Bewerbungen

Genau genommen gibt es zwei Kleine Anfragen von der LINKE zu der Frage »Olympia klimapositiv?«:

- Olympia 2.0 mit nachhaltigen und klimapositiven Spielen (II) (PDF)
- Olympia 2.0 mit nachhaltigen und klimapositiven Spielen? (PDF)

## FAIRspielen.de dokumentiert

**Neue Idee: Senat will mit Olympischen Spielen das Klima retten** (Link)

- Nach Ansicht des Senats wird die Ausrichtung der Olym-

pischen und der Paralympischen Spiele entscheidend für die Klimaneutralität 2040 sein. Dies geht aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Demnach wirbt der Senat in seinem Bewerbungskonzept mit der Klimaneutralität 2040, obwohl er im Zusammenhang mit dem Zukunftsentscheid noch vor den Folgen des Vorziehens der Klimaneutralität von 2045 auf 2040 gewarnt hatte. Darüber hinaus sollen die Spiele klimapositiv sein – das Spektakel soll also mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, als es verursacht. Wie das gelingen soll, ist völlig unklar. Die taz-nord hat bereits über das Thema und die Senatsanfrage berichtet. Die betreffende Drucksache 23/2754 gibt es hier als PDF.

Dazu *Stephan Jersch*, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Beim Zukunftsentscheid tat Bürgermeister Tschentscher ahnungslos, welche Maßnahmen nun bis 2040 umgesetzt werden müssen. Bei Olympia ist dem Senat aber offenbar klar, welche Maßnahmen für die Klimaneutralität 2040 erforderlich sind und das Ergebnis wurde dem IOC bereits zugesagt. Der Senat macht damit Klimapolitik nach Kassenlage. Notwendiges Handeln für das Klima im Stil einer Erpressung vom Entscheid für Olympia abhängig zu machen, ist unterirdisch. Oder andersrum: Wenn der Senat sicher ist, dass Hamburg nur dank der Olympischen Spiele fünf Jahre früher klimaneutral wird, dann sollte sich Hamburg direkt noch für ganz viele weitere Spiele bewerben!«

Wer bei der NOlympia-Debatte auf Sendung bleiben möchte, sollte sich diese ständig aktualisierte Website der Hamburger NOlympia-Bewegung bzw. von FAIRspielen.de regelmäßig anschauen. Hier das aktuelle Ausgansbild:

The screenshot shows the website FAIRspielen.de with the following elements:

- Header: FAIRspielen.de, N:Olympia Hamburg
- Navigation: Startseite, Kontakt, Impressum, N:Olympia, Hamburg, NEWSletter, Abol, NOlympia-Hamburg.de
- Search bar: Suchen (with a red search button)
- Search results for 'Olympia':
  - Result 1: **Trotz geplantem Olympia-Stadion Neubau: Hamburger SV will**. Tags: DOSB, Hamburg, IOC, NOlympia, Olympia.
  - Result 2: **Olympia jetzt sogar klimapositiv – Hamburger Senat antwortet auf**. Tags: DOSB, Hamburg, IOC, NOlympia, Olympia.
- Footer: FAIRspielen: SUCHE+ARCHIV, fair spielen

# Mietwucher: Papiertiger helfen nichts, Personal muss her!

Von Heike Sudmann

Damit endlich die über 1.300 Verdachtsfälle von erhöhten Mieten und Wuchermieten bearbeitet werden können, stellte die Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft einen Antrag für ausreichend Personal (siehe auch weiter unten). Vor einem Jahr, in der Endphase des Bürgerschaftswahlkampfes, reagierten SPD und GRÜNE auf die erfolgreiche Mietwucher-App der LINKEN und beantragten die Einrichtung einer zentralen Meldestelle. Im April 2025 fixierte der Senat den Personalbedarf allein für vier Bezirke auf bis zu 12,5 Vollzeitstellen. Im Januar 2026 teilte der Senat auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der LINKEN (Drs. 23/2625) nun mit, dass für ganz Hamburg sechs Stellen in einer Taskforce geschaffen werden sollen. Ob der Senat glaubt, dass durch die Bezeichnung »Taskforce« sechs Mitarbeiter\*innen mehr (be)arbeiten können als zwölf oder dreizehn?

Mietwucher lässt sich nicht mit Beschlüssen und Ankündigungen bekämpfen, sondern nur mit Überprüfungen und Strafen. Die nunmehr geplante Schmalspur-Taskforce mit sechs Stellen für ganz Hamburg wird die Mietmafia je-

denfalls nicht abschrecken. Der Senat lässt seinen eigenen Mietenmelder zu einem Papiertiger verkommen. Deshalb braucht es mehr Personal und eine breite Aufklärungskampagne, wie Hamburger\*innen sich gegen Wuchermieten wehren können.

Wie nicht anders zu erwarten, haben SPD und GRÜNE am 11. Februar den Antrag der Linken abgelehnt. Erstaunlich waren allerdings ihre Verrenkungen. Jens Weinreich (SPD) ging mit keinem Wort auf die personelle Ausstattung ein, sondern rühmte die SPD ob ihrer bundesweit so tollen Wohnungsbaupolitik, Martina Köppen (ebenfalls SPD) brachte es fertig, zuerst nur die Mietwucher-App der LINKEN, dann auch noch den Mietenmelder des Senats als Instrumente zum Schüren von Ängsten bei Mieter\*innen zu diffamieren. Leon Alam (GRÜNE) sprach von Effizienzsteigerung, die mehr Personal überflüssig mache. Diese lebhafteste Debatte, die leider zeigt, dass bei SPD und GRÜNEN kein ernsthaftes Vorgehen gegen Mietwucher geplant ist, kann in der Mediathek der Bürgerschaft nachgesehen werden.

## **BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

**Drucksache 23/2896**

**Antrag der Linksfraktion vom 28.1.2026**

**Betr.: Mietwucher: Ausreichend Personal für Bekämpfung notwendig!**

Mietwucher ist und bleibt ein großes Problem für viele Mieter\*innen in Hamburg. Doch der Senat geht weder mit der notwendigen Energie noch mit ausreichend Personal dagegen vor, wie die letzten zwölf Monate zeigen. Bis heute wurde keiner der über 1.300 gemeldeten Verdachtsfälle bearbeitet.

Ein Blick zurück:

- Nach dem erfolgreichen Start der Mietwucher-App der Linken im November 2024 mit mehreren Hundert Meldungen pro Monat, zog der Senat nach und richtete im Februar 2025 einen eigenen Mietenmelder ein.
- Ebenfalls im Februar 2025 beantragten die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN in der Bürgerschaft die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle gegen Mietpreisüberhöhung (Drs. 22/17929). Der schöne Titel »In Hamburg ist kein Platz für Mietwucher: Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle gegen Mietpreisüberhöhung« passte gut in den Bürgerschaftswahlkampf und suggerierte schnelle Erledigung.
- Im April 2025 wollte die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen das Personal in vier Bezirksämtern um 12,5 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente, VZÄ) aufstocken, um die gemeldeten Verdachtsfälle zu bearbeiten (siehe Drs. 23/2625, Frage 2).

- Anfang Mai teilt der Senat mit: Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen bereitet derzeit gemeinsam mit dem federführenden Bezirksamt die Einwerbung zusätzlicher Stellen für die Bearbeitung der Fälle möglicher Mietpreisüberhöhungen vor. (siehe Drs. 23/256, Nummer 13)
  - Bis Mitte November 2025 wurden insgesamt 1.313 Verdachtsfälle gemeldet, 969 über die Mietwucher-App der Linken und 344 über den Mietenmelder des Senats. Bearbeitet wurde kein einziger Fall. Mit Verweis auf die personelle Belastung in den Dienststellen erklärt der Senat: »Vor diesem Hintergrund konnten bisher noch keine rechtlichen Verfahren eingeleitet, Vermietende kontaktiert oder Fälle abgeschlossen werden« (Zahlen und Zitat aus Drs. 23/2151). Das immer wieder versprochene Konzept würde jetzt vorliegen, Personal solle zeitnah eingeworben werden.
  - Im Januar 2026 erklärt der Senat, dass nunmehr für ganz Hamburg sechs VZÄ für die Meldestelle vorgesehen sind. Die Stellenausschreibungen sollen bis Ende des Monats erfolgen (siehe Drs. 23/2625).
- Ein Jahr ist also vergangen, seit der Senat und die Bürgerschaftsfractionen von SPD und GRÜNEN versprochen haben, gegen Mietwucher aktiv zu werden. In dieser Zeit

wurde nicht ein einziger der über 1.300 gemeldeten Verdachtsfälle bearbeitet. Dafür wurde der zusätzliche Personalbedarf von 12,5 Vollzeitstellen allein für vier Bezirke auf kümmerliche sechs Stellen für ganz Hamburg reduziert. Anders als von SPD und GRÜNEN versprochen, ist in Hamburg viel zu viel Platz für Mietwucher.

Die Abzocke der Mieter\*innen durch die Mietmafia muss endlich beendet werden. Eine breite Aufklärungskampagne für die Mieter\*innen – mit Informationen, was erhöhte Mieten und Wuchermieten sind und wie gegen sie vorgegangen werden kann – ist zu starten. Bisher ist keine Werbung beziehungsweise Information der Mieter\*innen, die über die Homepage des Senats hinausgeht, wahrnehmbar. Die Bezirksämter und die zentrale Meldestelle sind schnellstens in dem benötigten Umfang mit Personal auszustatten. Denn nur dann können die Dienststellen der Aufgabe nachkommen, die Rechte der Mieter\*innen gegenüber den gierigen Vermieter\*innen durchzusetzen. Wie schnell die Schaffung und Besetzung von Stellen möglich ist, hat der Senat im letzten Jahr bei der mit 20 hoch dotierten Stellen neu geschaffenen Vorprojektgruppe Olympia eindrucksvoll gezeigt.

### Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für die Bearbeitung der Verdachtsfälle (erhöhte Mieten und Wuchermieten) noch im Februar 2025 die Stellenausschreibungen für die fehlenden 6,5 VZÄ zu starten, damit wenigstens die ursprünglich geplanten 12,5 VZÄ für vier Bezirke umgehend eingerichtet werden können.
2. für einen effektiven Schutz der Mieter\*innen in ganz Hamburg vor erhöhten Mieten und Wuchermieten den Personalbedarf in den zuständigen Dienststellen zu ermitteln und die fehlenden Personalstellen zu schaffen und zu besetzen.
3. eine breite Aufklärungskampagne für die Mieter\*innen mit Informationen, was erhöhte Mieten und Wuchermieten sind und wie gegen sie vorgegangen werden kann, zu starten.
4. den Mieter\*innen, die bisher Verdachtsfälle gemeldet haben, mitzuteilen, dass und bis wann eine Bearbeitung erfolgen wird.
5. der Bürgerschaft bis zum 31.03.26 über den Stand zu berichten.



Einige Eindrücke von der Mietendemo am 7. Februar in München mit mehr als 10.000 Teilnehmenden auf [Instagram](#).



# Schöngerechnet: Die CRES-Mietenstudie im Methoden-Check

Von Luzian Massarrat, Referent bei Heike Sudmann

Alle drei Jahre stellt die Hamburger Wohnungswirtschaft die Hamburger Mietenstudie des »Center for Real Estate Studies« (CRES) vor und behauptet, die Mietsituation in Hamburg sei ja gar nicht so schlimm, vielmehr sei diese »durch einen funktionierenden Mietmarkt gekennzeichnet«. Die kürzlich veröffentlichte Studie spricht für 2025 von einer Durchschnittsmiete 9,11 Euro/qm und jährlichen Mietsteigerungen von 2,23 Prozent. Wie kommt es, dass andere Studien, Gutachten und die Erfahrung aller, die in den letzten Jahren eine Wohnung in Hamburg suchen mussten, gegenüber der CRES-Studie so abweichend ausfallen? Trügt uns unser Gefühl, ist der Mietennotstand gar nur herbeigeredet?

Leider nein. Für die CRES-Studie wurde der Statistik – anders kann man es nicht sagen – Gewalt angetan. Insbesondere täuscht die Wohnungswirtschaft mit dem Verweis darauf, dass für die CRES-Studie besonders viele Mietverhältnisse erfasst wurden (283.000 in der neuesten Studie) darüber hinweg, dass die CRES-Studie gar nicht repräsentativ ist. Repräsentative Studien erfassen zentrale Merkmale der Befragten und gewichten damit die Daten so, dass sie die Gesamtheit abbilden. Letzteres wurde in der CRES-Studie nicht gemacht. Zwar wurde zwischen Wohnungen von privaten Vermieter\*innen und SAGA/Genossenschaften gewichtet, das allein reicht aber nicht, damit der Datensatz repräsentativ wird. Weiterhin sind Wohnungen mit Mietpreisbindung sowie Wohnungen in normalen (und damit günstigeren) Lagen überrepräsentiert und verfälschen das Ergebnis.

Darüber hinaus wurden alle Mieten über 31,67 Euro aus dem Datensatz aussortiert. Zudem wurden nach Stadtteilen geordnet jeweils die teuersten und die günstigsten 5% der Mieten aussortiert. Die Studienautor\*innen behaupten, damit die Gefahr zu reduzieren, Ausreißer zu stark abzubilden. Damit dies nicht zu Fehlern führt, gehen sie von der Prämisse aus, dass ihre Daten keine systematischen Verzerrungen enthalten. Diese Prämisse ist falsch, eben weil SAGA und Genossenschaften überrepräsentiert sind. Dadurch werden höhere Mieten aus dem Datensatz, den die Studie nutzt, systematisch herausgerechnet.

Dass die Studie ihre Zahlen mit dem Mietenspiegel vergleicht, ist methodisch nicht sinnvoll, da dieser eine ganz andere Forschungsfrage beantwortet. Der Mietenspiegel betrachtet die Mieten, die in den letzten Jahren verändert wurden und schließt dabei viele günstigere Mieten aus. Die CRES-Studie betrachtet alle Mieten und überrepräsentiert günstigere Mieten dabei – klar, dass so unterschiedliche Ergebnisse zustande kommen!

Verdacht erregt außerdem, dass die Studie sich vor allem auf den »typischen Mietmarkt«, also die mittleren 50 Prozent der Mieten, bezieht. Gerade für Menschen, die eine neue Wohnung suchen, stehen vor allem teurere Wohnungen zur Ver-

fügung. 2023 verstand die Studie übrigens noch die mittleren 67 Prozent als typischen Mietmarkt. Warum diese Zahl verändert wurde, wird nirgends erklärt.

CRES-Studie und der »Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen« (VNW) sprechen von »moderaten Mieten« und einem »funktionierenden Mietmarkt«. Um zu solchen Begriffen zu finden, müsste man wissenschaftlich sauber dafür eigentlich eine Definition liefern. Das tut die Studie nicht. Anders der Mietenreport 2025, der im Auftrag des Deutschen Mieterbunds aufzeigt, dass rund 6 Millionen Mieter\*innen in Deutschland durch Wohnkosten extrem überlastet sind.

Neben all der Schönfärberei finden sich aber auch einige Fakten, bei denen sogar bei den CRES-Autor\*innen eigentlich die Alarmglocken schellen müssten: 2022 lagen laut damaliger CRES-Studie 90% der Mieten unter 10,96 Euro, 2025 lagen 90% unter 12,18 €. Das zeigt, dass viele der höheren Mieten noch deutlich angestiegen sind. Auch betrachtet die CRES-Studie die Angebotsmieten in Wohnungsportalen – also die Angebote, die den meisten Mieter\*innen zur Verfügung stehen, wenn sie eine neue Wohnung suchen. 75% dieser Portal-mieten liegen über 13,25 Euro und sind seit 2022 jährlich um 7,03 Prozent gestiegen. Die Studie benennt auch, dass im Vergleich zur Erhebung 2022 das Angebot in den Portalen von über 27.000 (2022) auf 20.281 (2025) erheblich abgenommen hat. Von einem stabilen Markt kann also keine Rede sein.

Dass die CRES-Studie tatsächlich, wie der VNW behauptet, »die reale, aktuelle Situation auf dem Mietwohnungsmarkt der Elbmétropole« widerspiegelt, ist falsch. Dazu kommt, dass die Wohnungswirtschaft ihre Studie nicht allzu genau liest, bevor sie öffentlich ihre Erzählungen verbreitet. So lässt sich VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner zitieren: »Um mehr als 20 Prozent ist die sogenannte »zweite Miete« in den vergangenen drei Jahren gestiegen«. Die Steigerung von 24,6% der Nebenkosten laut CRES-Studie ergab sich aber seit 2019 – also über sechs Jahre. Zu Breitners Verteidigung muss mensch aber sagen, dass die CRES-Studie ständig ihren Referenzrahmen verändert: Manche Zahlen werden im Vergleich zu 2019, manche zu 2022 angegeben. Die durchschnittliche Mietentwicklung von 2,23% jährlich bezieht sich zum Beispiel auf 2019. Hätte CRES die Mietentwicklung seit 2022 angegeben, wären es 2,86%. Da lässt sich nur hoffen, dass die Studienautor\*innen nicht versuchen, ihre Vergleichswerte den gewünschten Ergebnissen anzupassen.

Die Schlussfolgerung, Hamburg verfüge über einen funktionierenden Mietmarkt, wird durch die eigenen Daten der Studie nicht gestützt. Im Gegenteil: Die sehr hohen Angebotsmieten zeigen, wie prekär die Lage ist. Niedrigere Mieten im Bestand sind da kein Trost, denn die Unmöglichkeit bezahlbar umziehen zu können, erhöht auch den Stress für Mieter\*innen mit niedrigeren Bestandsmieten.

# Kritik an der angekündigten Mietrechtsreform

»Bundesjustizministerin Hubig rechnet mit Änderungen im Mietrecht noch in diesem Jahr«, hieß es am 10. Februar auf RBB. »Bis zur Sommerpause sei ein Abschluss möglich«, so die SPD-Politikerin. »Die Reform soll unter anderem strengere Regeln für die Mietpreisbremse bringen. Außerdem soll effektiver gegen Mietwucher vorgegangen werden können – etwa bei der Vermietung möblierter Wohnungen. Indexmieten sollen auf maximal 3,5 Prozent begrenzt werden.« Mal abgesehen davon, dass angesichts des erwartbaren Widerstands der Koalitionspartnerin CDU/CSU eine Mehrheit für solche Maßnahmen in den Sternen steht, bleibt der Referent\*innenentwurf aus dem Bundesjustizministerium – Titel: »Gesetz zur Änderung des Rechts der Wohn- und Geschäftsraummiete« fragwürdig. Dazu hat sich unmittelbar nach Veröffentlichung des Papiers Caren Lay, die wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, geäußert. Wir nehmen ihr differenziertes Statement vom 11. Februar hier aus aktuellem Anlass gerne auf.



## Entwurf der Mietrechtsnovelle muss nachgebessert werden Kurzbewertung des Referentenentwurfs zum sozialen Mietrecht

Der Referentenentwurf für die Novelle des Mietrechts (Mietrecht II) liegt nun endlich vor. Obwohl die Ministerin sein Erscheinen im Dezember öffentlichkeitswirksam ankündigte, kannte bis jetzt niemand den Entwurf. Jetzt ist er da und es wurde auch Zeit. Einige Schlupflöcher bei der Anwendung der Mietpreisbremse können potentiell geschlossen werden – bei möblierten Wohnungen und Kurzzeitmietverträgen; ein anderes – die Modernisierungumlage wird weiterausgeweitet. Für die angekündigte Regulierung der Indexmieten gibt es einen äußerst unpraktikablen Vorschlag. Zu den Leerstellen gehören z.B. ein Verbot von Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit, die Ausweitung des Mieterschutzes auf teilgewerbliches Wohnen, sowie natürlich viel strengere Mietpreisbegrenzungen oder das Scharfstellen des so genannten Mietwucherparagraphen. Entscheidend wird sein, ob endlich Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden. Denn ohne Konsequenzen bei Verstößen gegen die neuen Regelungen wird auch dieses Gesetz ein zahnloser Tiger bleiben. Jetzt kommt es darauf an, um Nachbesserungen zu kämpfen. Klar ist: das Gesetz muss so schnell es geht in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden und darf nicht auf die lange Bank (etwa nach Abschluss der Mietrechtskommission) geschoben werden.

### Was steht drin für Mieter\*innen?

Positiv für Mieter:innen ist,

- die **Regulierung bei der Vermietung möblierter Wohnungen**, eine bei Vermieter\*innen immer beliebter gewordene bisherige Grauzone. Der Möblierungsaufschlag soll jetzt gesondert ausgewiesen werden, sich am Zeitwert der Möbel orientieren und muss künftig bereits bei

Vertragsabschluss ausgewiesen werden, sonst gilt er nicht. Für eine tatsächliche Kontrolle fehlt jedoch noch eine Genehmigungspflicht und eine genaue Regelung dazu, wie der Zeitwert berechnet wird.

- die Neuregelung des **Kurzzeitwohnens**. Nun dürfen Ausnahmen vom Mietrecht nur für maximal auf sechs Monate befristete Verträge und bei Vorliegen eines besonderen Anlasses seitens der Mieter\*innen gelten. Damit würde ein wichtiges Schlupfloch der Mietpreisbremse verkleinert. Offen bleibt jedoch noch, was alles als besonderer Anlass gelten darf.
- Unzureichend bleiben die Vorschläge für:
- die angebliche Regulierung von **Indexmieten**. Sie gilt nur in angespannten Wohnungsmärkten und dort auch nur dann, wenn das jeweilige Bundesland das in einer eigenen (!) Rechtsverordnung definiert. Das heißt, Länder können die Umsetzung blockieren. Eine absolut unpraktikable Lösung. Und auch in nicht-angespannten Wohnungsmärkten sind automatische Mieterhöhung bei einer Inflation von z.B. 8% einfach zu viel. Betroffenen Mieter\*innen hilft auch ein besseres Angebot an Mietwohnungen bei einer plötzlichen Mietsteigerung nicht. Besser wäre, den Neuabschluss von Indexmieten zu verbieten und bestehende Indexmietverträge überall und generell unter die üblichen mietpreisbegrenzenden Regelungen zu stellen.
  - die Ausweitung der Möglichkeit zu **Schonfristzahlungen bei einer ordentlichen Kündigung**. Hier kann laut Vorschlägen eine Nachzahlung *nur einmal* eine ordentliche Kündigung abwenden. Das sollte analog zu außerordentlichen Kündigungen generell gelten. Zudem fehlt die Einschränkung von Eigenbedarfskündigungen.

### Einen Nachteil für Mieter\*innen

■ bedeutet die angekündigte **Ausweitung der Modernisierung im vereinfachten Verfahren** bis zu einer Grenze von 20.000 Euro. Das dürfte das Zugeständnis an die Union sein. Damit vergrößert sich das Schlupfloch Modernisierung weiter, anstatt es zu schließen. Auch die Möglichkeit für Mieter\*innen, die Härtefallregelung geltend zu machen, wird damit eingeschränkt. Bei Moder-

nisierungen von bis zu 20.000 Euro kann dies Mieterhöhungen von fast 100 Euro pro Monat bedeuten. Das ist keine Kleinigkeit.

P.S. der BB-Redaktion: Einen lesenswerten Artikel zu Angeboten möblierter Wohnungen hat am 9. Februar »Die Zeit« veröffentlicht, lakonischer Titel: »Paar Möbel rein, zack, 350 Euro mehr Miete«.

## Steffi Wittenberg zum 100. Geburtstag

Von Michael Joho



Auf der Veranstaltung im »Metropolis«, rechts Andreas Wittenberg (Foto: M. Joho)

Rund 200 Menschen feierten am 15. Februar im »Metropolis« den 100. Geburtstag von Steffi Wittenberg, geborene Hammerschlag (1926–2015). Eine Feier, die vor allem auch mit der Vorstellung des an diesem Tag erstmals ausgegebenen Buches »Man guckt ja schon durch eine Minderheitenbrille«, einer Biografie über Steffi Wittenberg, verfasst von Erika Hirsch.

Die aus jüdischem Haus stammende Hamburgerin Steffi Wittenberg ist wegen ihrer Verfolgungsgeschichte und des antifaschistischen Engagements über die Stadt hinaus bekannt. Wie dem Hintergrundbild auf der Veranstaltung zu entnehmen ist, konnte Steffi zwar ihre Kindheit in Hamburg verbringen, hatte eine Überlebenschance nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 und der Pogromnacht 1938 nur noch im Exil die Chance, zu überleben. Zusammen mit ihrer Mutter gelang ihr die Flucht nach Montevideo in Uruguay, wo sie bis 1948 lebte und natürlich Spanisch lernte (eine Sprache, die sie auch später gerne verwandt hat, nicht zuletzt im Kampf um die Befreiung von Opfern lateinamerikanischer Militärdiktaturen in den 1970er-Jahren). In Uruguay lernte sie auch ihren Mann Kurt kennen, mit dem sie 1948 nach Houston in Texas ging, von wo sie als linke Unterstützer\*innen der US-Bürgerrechtsbewegung 1951 ausgewiesen wurden. Im gleichen Jahr kamen sie in Hamburg an, wo sie

direkt im Hafen von Vertreter\*innen der VVN abgeholt wurden, wo sie ihr weiteres, noch lange währendes Leben als antifaschistisch engagiertes Ehepaar lebten.

Die gut zweistündige Veranstaltung im Metropolis hat all diese und viele weitere Facetten des Lebens von Steffi vermittelt. Dazu beigetragen haben vor allem auch ein gutes Dutzend kurzer Beiträge, die von den Söhnen Andreas und Peter Wittenberg quasi moderiert wurden. Es sprachen u.a. Christiane Chodinski vom Auschwitz-Komitee, Conny Kerth von der VVN und Nora Pester vom Verlag Hentrich & Hentrich, die als Organisationsvertreterinnen und erstere beiden auch als langjährige Freundinnen von Steffi neben den beiden Söhnen zu den Organisator\*innen der feierlichen Buchvorstellung gehörten. Beeindruckend auch die musikalischen Beiträge der auf zwei Köpfe verkleinerten Grupo Resistencia, die einigen vielleicht noch aus der Chile-Solidaritätsbewegung nach 1973 in Erinnerung ist. Anrührend auch die von den Enkeln vorgebrachten Gedichte, die Steffi schon in Kindertagen niedergeschrieben hatte.

In einem Interview mit der taz vor wenigen Tagen hat Andreas Wittenberg über seine Familiengeschichte und vor allem die seiner Mutter Auskunft gegeben. Angesprochen auf den Titel der nun, nach etlichen Jahren des Entstehungsprozesses vorliegenden Biografie antwortet Andreas Wittenberg: »Mit dem Zitat meinte meine Mutter zum einen ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Minderheit in Deutschland, zum anderen ihre ausgewiesene linke Position innerhalb der Jüdinnen und Juden.«



Die 242-seitige Biografie ist bei Hentrich & Hentrich für 24,90 Euro erschienen.

## TIPPS UND TERMINE

In den USA wurden jüngst klimapolitische Regeln außer Kraft gesetzt, in Deutschland mahnt ein **Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts die Bundesregierung immerhin an, das Klimaschutzgesetz nachzubessern**. Das Programm von 2023 reiche nämlich nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen – und die Umweltverbände haben hier ein Klagerecht. Das Grundsatzurteil sei eine »schallende Ohrfeige« für die Bundesregierung, so der Bundesgeschäftsführer der »Deutschen Umwelthilfe« (DHU), Jürgen Resch. Mehr in der [taz online](#) vom 29. Januar.

Wie notwendig schnellere, konsequentere umweltpolitische Maßnahmen sind, belegten jüngst namhafte Klimaforscher\*innen in einem Beitrag für die Fachzeitschrift »OneEarth«. Darin warnen sie eindringlich vor einer **unwiderruflichen Erderhitzung, wenn die Menschheit nicht schnellstens aufhört, fossile Brennstoffe zu verbrennen, weitere Wälder zu roden und Moore trockenzulegen**. Ganz im Gegensatz zur US-amerikanischen Totalverweigerung sehen die Expert\*innen die **Welt kurz vor den Kippunkten** mit Folgen beispielsweise in der Erhöhung des Meeresspiegels gleich um mehrere Meter. Nachzulesen in der [taz online](#) vom 11. Februar.

Ob's in Hamburg mit den Maßnahmen reicht? Immerhin, seit 1990 sind laut Zwischenbericht des Senats zum **Umsetzungsstand des Klimaplan**s die Emissionen **um 43 Prozent gesunken – in 35 Jahren**. Allerdings müssen **bis 2030** noch erhebliche, ja, gesteigerte Anstrengungen unternommen werden, die **Reduktion um weitere 27 Prozent voranzutreiben – in 5 Jahren**, um die Zielzahl von 70 Prozent Abbau bis 2030 zu erreichen. Vor allem die mangelnde energetische Haussanierungsrate – statt jährlich angestrebter 1,5 Prozent schafft Hamburg bisher nicht mal 1 Prozent – und der Verkehrssektor – hier sind seit 1990 lediglich 37,8% der Emissionen eingespart worden – hinken beträchtlich hinterher ([taz online](#) vom 6.1.2026). Wen's im Detail interessiert, den 241-seitigen »Zwischenbericht zum Umsetzungsstand« vom 30. Dezember 2025 gibt es [hier](#).

Einen »nie gekannten Ansturm auf Beratungen« meldete Anfang Februar der Mieterverein zu Hamburg. Alleine zwischen dem 4. Januar und dem 4. Februar habe es

600 Anfragen zu Mieterhöhungen gegeben, so Rolf Bosse, der Geschäftsführer und Vorsitzendes des Vereins ([Hamburger Abendblatt](#), online vom 6.2.). Der Anfang Dezember letzten Jahres vorgelegte neue »Mietenspiegel Hamburg 2025« hat offenbar besonders viele Vermieter\*innen dazu veranlasst, Mieterhöhungsverlangen zu verschicken. Dies, obwohl die gewachsenen ortsüblichen Vergleichsmieten mit 1,12% gegenüber 2023 erstmals seit Langem recht moderat ausfielen. Der Mieterverein hat es nicht bei dieser Feststellung belassen. **Am Tag, als am 7. Februar in München rund 11.000 Menschen gegen den Mietenwahnsinn demonstrierten** (siehe dazu den Bericht [im nd online](#)), **hatte er zu einer Kundgebung an der Reesendambrücke eingeladen**. »Rund 100 Teilnehmer:innen versammelten sich, um gegen rasant steigende Mieten, explodierende Nebenkosten, unerschwingliche Neuvertragsmieten sowie die zunehmende Bedrohung durch Eigenbedarfskündigungen und Verdrängung zu protestieren«, heißt es auf der Homepage des Vereins. Rolf Bosse auf der Kundgebung: »Immer mehr Mieter:innen geraten an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit und leben mit der permanenten Angst, die Wohnung zu verlieren. Wohnen darf kein Luxusgut sein, es ist ein Menschenrecht!« ([Quelle Mieterverein](#)).

Einen kurzen Überblick über **genossenschaftliches Wohnen in Hamburg** gab es kürzlich im NDR. Auf der Basis einer Erhebung des für jede zweite Hamburger Genossenschaft arbeitende Softwarehaus Empro ergibt sich mit Blick auf gut 1.200 Wohnungsangebote, dass sie eine **durchschnittliche Kaltmiete von 8,02 Euro/Quadratmeter** aufweisen. Von den rund **130.000 Wohneinheiten** werden **pro Jahr rund 10.000 frei**, aber nur 10% (also 1.000) werden nicht an Genossenschaftsmitglieder, also frei vermietet. Nichtsdestoweniger ist es sicher nützlich – jedenfalls auf Dauer – sich auf eine Warteliste setzen zu lassen und diese Meldung regelmäßig zu erneuern. Auf eine freie Genossenschaftswohnung kommen **im Schnitt derzeit allerdings 88 Bewerbungen**. Einzelne, besonders **begehrte Wohnungen werden sogar von über 2.000 Haushalten nachgefragt**. »Unsere Auswertung zeigt, wie groß die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in Hamburg wirklich ist«, wird Empro-Chef Alexander Köth vom [NDR](#) zitiert.

Rund **770.000 Menschen in den USA sind gegenwärtig ohne feste Bleibe**, meldet die [taz online](#) am 8. Februar. Der lesenswerte Artikel berichtet ausführlich über

die wachsende Mieter\*innenbewegung, von Aktionen und Protesten in verschiedenen Städten. Ihr Anliegen: Ihr kriegt uns hier nicht raus! Auch für bundesdeutsche Verhältnisse ist sicher interessant, dass sich über die Mietenfrage eine **neue linke Kraft herauskristallisiert hat, die Bewegung der Tenant Unions**, bestehend aus Mieter\*innen (tenants), die sich als Gewerkschaften (unions) organisieren.

»Wohnungsmarkt für Reiche dreht frei«, meldete die »Hamburger Morgenpost« online am 5. Februar. Und sie trifft damit angesichts jüngster Äußerungen des »Immobilienentwicklers« Dahler sicher ins Schwarze. Im vergangenen Jahr sind danach 312 Eigentumswohnungen mit einem Mindestpreis von 10.000 Euro pro Quadratmeter und zudem 356 Ein- und Zweifamilienhäuser mit jeweils mehr als einer Million verkauft worden, sieben Prozent mehr als in 2024. Die teuerste Eigentumswohnung liegt in Harvestehude und wurde 2025 zum Preis von schlappe 13,5 Millionen verhökert. Gleich nebenan, **in Rotherbaum, wurde mit 36.971 Euro der höchste Quadratmeterpreis erzielt**. Nienstedten hat mit 12,5 Millionen Euro die Nase vorn bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Und da regen wir uns auf bei Mieten über 10 Euro ...

Jonas Fabricius-Füllner wird es uns nachsehen, dass wir länger aus dem jüngsten »Hinz&Kunzt«-Newsletter vom 13. Februar diese Passage zitieren: »Witterungsbedingt bewege ich mich derzeit wieder viel mit U- und S-Bahnen, statt auf meinem Rad durch die Stadt. Auch mir fällt auf: Mehr Menschen als noch vor einigen Jahren ziehen bettelnd von Waggon zu Waggon. Mich stört es nicht, angesprochen zu werden. Auch habe ich den Eindruck, dass **viele Bettler:innen äußerst zurückhaltend** agieren. Zu groß die Angst vor Kontrollen, vermute ich. Denn die gibt es zahlreich. **410.454 Stunden waren allein die Sicherheits- und Kontrollkräfte der S-Bahn 2025 im Einsatz**. Etwa 25.000 Stunden mehr ein Jahr zuvor. Zur Hochbahn liegen keine Daten vor. Was bekannt ist: Dass die Hamburger Verkehrsbetriebe im vergangenen Jahr 3.628 sogenannte Vertragsstrafen gegen bettelnde Menschen verhängt haben – also im Schnitt etwa zehn Strafen pro Tag. Der Ertrag erscheint zweifelhaft. Über das Jahr gerechnet wurden nur etwa 50 Strafen gezahlt. Hinz&Kunzt wirbt für mehr Verständnis und Toleranz gegenüber Menschen in Not: »Das Betteln gehört zur Realität unserer Gesellschaft«, sagt Geschäftsführer Jörn Sturm.« Dem ist nichts hinzuzufügen.

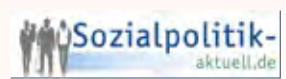
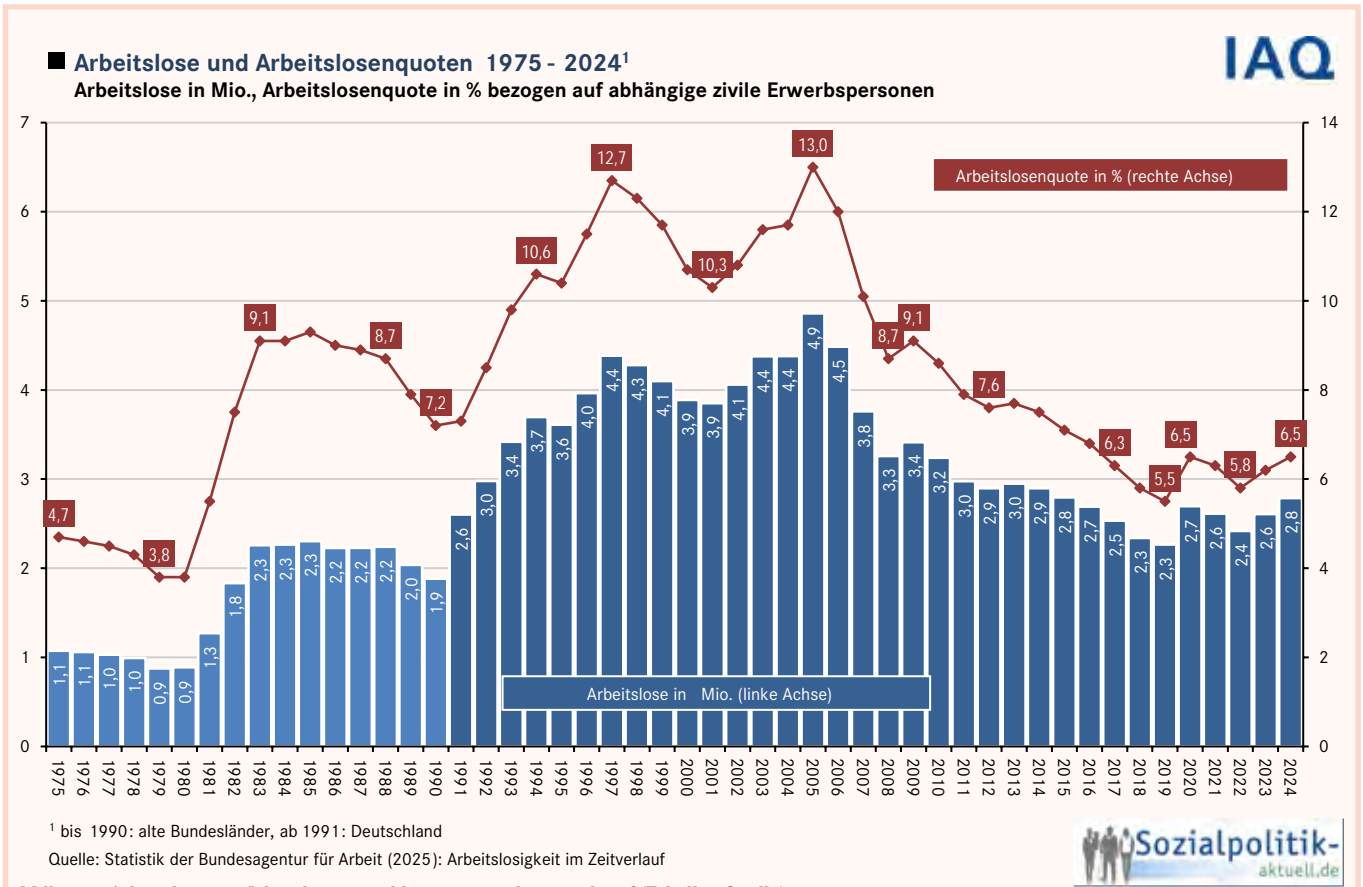
Über die **Gesundheitssituation wohnungsloser und obdachloser Menschen** in Hamburg gibt eine im Auf-

trag der Freien und Hansestadt Hamburg und bereits im Dezember 2024 fertiggestellte, aber doch weitgehend unbekannt gebliebene Studie Auskunft. Sie trägt den unverfänglichen Titel **Hamburger Gesundheitsfragebogen. Kommentierte Tabellen**. Auf insgesamt 34 Seiten informieren die Autorinnen Katharina Brüchmann und Jutta Henke u.a. über Aufenthalte von Betroffenen in stationären Einrichtungen, die Nutzung gesundheitlicher Hilfen, Barrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten und nicht zuletzt auch von Wünschen an das Gesundheitssystem.

Und dass irgendwas nicht stimmt bei der Gesundheitsverordnung, das ist uns in den vergangenen Wochen wieder schmerzlich vor Augen geführt worden. **Seit Jahresanfang, d.h. innerhalb von nur fünf Wochen, hat es in Hamburg 18 tote Wohnungslose** gegeben (NDR vom 5.2.2026). Die Behörde verweist auf die kalten Temperaturen und eine genügende Anzahl Übernachtungsplätze, aber 18 Tote sind eben doch ein erklärungsbedürftiger Wert. »Die Zeit« bringt es in einem Artikel von Annika Lasarzik (online vom 4.2.) auf den Punkt: **Nicht der Frost ist Schuld, sondern die Struktur**. Die Redakteurin nimmt das unzureichende Winternotprogramm und überhaupt die mangelnde Klarheit der Behörden über die Lebensumstände der Betroffenen auseinander. Und sie problematisiert, dass Hamburg bisher nur sehr wenig unternommen hat, um das selbstgesetzte Ziel, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden, auch nur annähernd zu erreichen.



Wer erinnert noch, wie es mit der Arbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik Deutschland früher war? Mit Ausnahme der Jahre 1967/68 im Gefolge der Wirtschaftskrise 1966 lag die Arbeitslosenquote immer unter 1%. Sorgen und Empörung breiteten sich **1975 aus, als erstmals die Ein-Millionen-Grenze bei der Arbeitslosigkeit überschritten** wurde. Große Debatten um die Jugendarbeitslosigkeit und die Zukunft der Gesellschaft machten die Runde. 2005 haben wir mit 4,9 Millionen Arbeitslosen (= 13,0%) den vorläufig höchsten Stand in



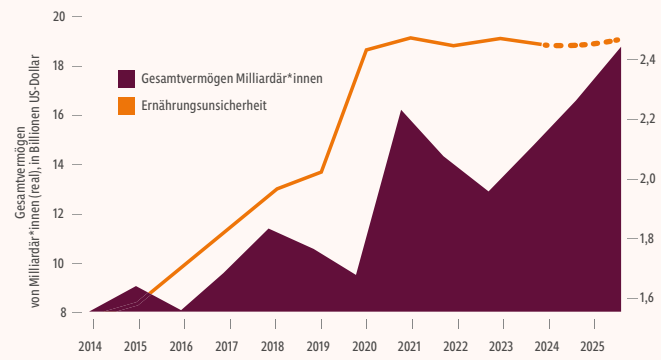
Millionen Arbeitslose seit Jahrzehnten, und kaum jemand regt sich auf (Tabellen-Quelle)

der Nachkriegsgeschichte erreicht. Und heute? Regt sich kaum noch jemand darüber auf, dass die Arbeitslosenzahlen nach jahrzehntelangen Größenordnungen oberhalb von zweieinhalb Millionen »stabil« sind. **Im Januar 2026 ist die Arbeitslosigkeit spürbar auf 3,085 Millionen Menschen (= 6,6 Prozent) gestiegen**, auf den höchsten Stand seit 2014 (Bundesagentur für Arbeit vom 31.1.). **In Hamburg sieht es noch trübseliger aus, hier waren im Januar 2026 gut 97.000 Menschen (= 8,6 Prozent) ohne Arbeit** (Arbeitsagentur). Dass »die wahre Arbeitslosigkeit« weit höher liegt, nämlich bei rund 150.000 Hamburger\*innen, das hat das »Hamburger Abendblatt« vorgerechnet (online am 29.1.). **Haben wir uns an all das Elend der (dauerhaften) Arbeitslosigkeit so gewöhnt, dass solche alarmierenden Dimensionen keine Diskussion, geschweige denn Proteste auslösen?**

Da die Armut, hier der Reichtum. Und der hat zugenommen, immer weiter und schneller zugenommen, wie die Nichtregierungsorganisation **OXFAM** nicht müde wird zu belegen. Mitte Januar ist der neueste, 69-seitige **Bericht zur sozialen Ungleichheit 2026** vorgelegt worden, leider nur in englischer Sprache. **»Milliardär\*innen besitzen so viel wie nie zuvor. Im letzten Jahr ist**

**ihr Vermögen um weitere 2,5 Billionen US-Dollar gewachsen – dieser Anstieg entspricht fast dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung**«, heißt es im Bericht, und der zeigt: »Die Macht der Superreichen gefährdet die Demokratie. Wir müssen ihren extremen Reichtum angemessen besteuern, in soziale Gerechtigkeit investieren und Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wieder erhöhen«.

Abb. 2: Entwicklung des Gesamtvermögens von Milliardär\*innen und Anzahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen 2014–2025



Aus der 12-seitigen deutschen Analyse »Die Zerreißprobe: Wie extreme soziale Ungleichheit die Demokratie gefährdet« (Link siehe oben)

Um diesen Superreichtum wenigstens ein kleines Stück weit abzufischen, haben die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** sowie die **Bundestagsfraktion DIE LINKE** beim renommierten **Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** eine **Studie in Auftrag** gegeben, **was die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer an Einnahmen für den Staat bringen könnte**. Die Autoren der Arbeit, Dr. Stefan Bach, Prof. Dr. Tony Mudrack und Florian Wichers, kommen auf die erkleckliche Summe von fast 150 Milliarden Euro. Zur Begründung dieses Vorhabens schreibt Bernd Riexinger, der Vorsitzender der RLS, im Vorwort dieser 92-seitigen Broschüre »Deutschland ist mit Blick auf die Vermögen eine der ungleichsten Demokratien der Welt. Während die untere Hälfte der Bevölkerung quasi nichts besitzt, gehören den oberen 10 Prozent hierzulande fast 70 Prozent des gesamten privaten Nettovermögens. Diese Ungleichheit, die sich im Zuge der neoliberalen Wende und dann vor allem seit den 1990er-Jahren deutlich zugespitzt hat, hat gravierende Folgen. Sie führt zu wachsender Armut, leeren öffentlichen Kassen und dazu, dass unsere Demokratie zerstört wird. Die große Ungleichheit zu reduzieren und etwas von dem Reichtum an der Spitze zurück zu verteilen, sollte ein wichtiges Anliegen für jeden und jede sein, dem die Demokratie und ein gutes Leben für die wirkliche Mehrheit in diesem Land am Herzen liegen«. Mehr zu dem kon-

kreten, durchgerechneten und erläuterten Steuermodell der LINKEN [hier](#). Da die Studie auch allerhand Angaben zu den positiven Auswirkungen einer Vermögenssteuer für Hamburg macht, hat die hiesige Linksfraktion am 6. Februar die wichtigsten Ergebnisse in einer Pressemitteilung zusammengefasst. Danach würde das von der LINKEN entwickelte Modell Mehreinnahmen für die Stadt von bis zu 3,422 Milliarden jährlich generieren!

Einen anderen Ansatz zum Heranziehen der Reichen für die Finanzierung des Gemeinwohls fuhr bekanntlich die **ehemalige Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker**. Sie war Chefermittlerin bei dem zig Millionen schweren Cum-Ex-Steuerbetrug. Mehrmals war sie inzwischen zu Gast bei Veranstaltungen der Linksfraktion im Rathaus, und immer waren sie überfüllt. Nun ist ein echt langes Interview mit ihr ins Netz gestellt worden. **Fast vier Stunden steht sie Rede und Antwort** über ihre Erfahrungen als Ermittlerin, aber auch in ihrem neuen Job als Co-Geschäftsführerin der Bürger\*innenbewegung Finanzwende. Einblicke in den Alltag des Kapitalismus, der Finanzwelt und das Gebaren von Politik und Behörden vom Feinsten, ein authentischer Krimi sondergleichen!



#798 - Anne Brorhilker über Cum-Ex, deutsche Verwaltung & die Macht der Reichen  
Politik für Desinteressierte

▶ Episode abspielen 03:54:20

[Interviewaufzeichnung vom 9.12.2025](#)

Schauen wir auf einige interessante Sendungen und Materialien der letzten Zeit. Beispielsweise die letzte Folge des **Reschke Fernsehens**, das regelmäßig eine halbe Stunde unterhaltsamer Politauflklärung liefert. Im Dezember ging es um das **System Sackgasse oder Das Geschäft mit der Weiterbildung**. O-Ton Anja Reschke: »Deutschland schlafft sich ab! Die Wirtschaft liegt am Boden und was machen die faulen Deutschen? Machen es sich in der sozialen Hängematte gemütlich und debattieren über 4-Tage-Woche! So nicht, Sportsfreunde! Union und SPD wollen jetzt mehr Leistungsbereitschaft. Rich-



Anja Reschke, ganz entspannt im Weiterbildungsmodus (Screenshot aus der [Sendung](#)).

## Vermögenssteuer Die Linke Aufkommens- und Verteilungswirkungen

Forschungsprojekt im Auftrag  
der Fraktion Die Linke im Bundestag,  
der Fraktionsvorsitzendenkonferenz  
der Linksfractionen in den Landtagen  
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Autoren:  
Stefan Bach  
Florian Wichers  
Tony Mudrack

**DIW BERLIN**

**Die Linke**

Im Bundestag

ten sollen es die **Maßnahmen der Agentur für Arbeit: In endlosen Weiterbildungskursen** soll für jeden was dabei sein, vom hyperaktiven Social-Media-Guru bis zum tiefenentspannten Yoga-Profi. Aber wer soll uns das alles beibringen?« und wer profitiert eigentlich von diesem Weiterbildungs-Boom? Guckst du [hier](#) in die Röhre.

Wer sich tatsächlich über die **wahren Probleme im Bildungsbereich und die dort herrschende Ungerechtigkeit** informieren möchte, der und dem sei ein aktuelles **Dossier der RLS** empfohlen. »In Deutschland hängt ein Bildungserfolg stark von Herkunft und Klasse ab, das ist in anderen OECD-Staaten nicht so. Was muss geschehen, damit sich das ändert? Jede weitere Vergleichsstudie (PISA, TIMSS, IGLU etc.) kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Die Kompetenzen deutscher Schüler\*innen im Lesen, Schreiben, Rechnen und in den Naturwissenschaften liegen gemessen an der Wirtschaftsleistung unter dem Durchschnitt und fallen seit 2015 weiter ab. In diesem Dossier erfahren Sie, wie mangelnde Finanzierung, unzureichende frühkindliche Bildung, Lehrkräfte- und Erzieher\*innenmangel, Schulstruktur und Privatisierung im Bildungssystem zu ausgeprägter Bildungsungleichheit in Deutschland beitragen – und was nötig ist, um diese Verhältnisse zu verändern.« **Was braucht es für Bildungsgerechtigkeit?** – [hier im Netz](#).

Die rührige Altonaer **Initiative knallt am dollsten** hat sich in den vergangenen Jahren einen Namen gemacht bei der Durchsetzung einer bewohner\*innenorientierten Neubebauung des **ehemaligen Holstengeländes**. Wir haben darüber im Bürger\*innenbrief wiederholt berichtet. Nun hat Julius Drinkuth für TIDE im Dezember ein nahezu zwölfminütiges **Interview mit Initiativensprecher Theo Bruns** geführt, in dem die aktuelle Situation rund um das Holstenareal nach dem Verkauf an Quantum und HanseMercur Grundvermögen beleuchtet wird. Es geht u.a. um die Fragen, warum der erneute Verzicht



Theo Bruns (links) steht Julius Drinkuth Rede und Antwort (von der Homepage der Initiative).

der Stadt auf das Verkaufsrecht an dem Grundstück ein großer Fehler ist und welche Herausforderungen sich stellen, um doch noch ein soziales, inklusives, denkmalgerechtes, klimaverträgliches und lebendiges Quartier zu ermöglichen. Das **Interview** (Kamera: Vladyslava Ilchenko; Redaktion: Katrin Jäger) ist nun auf YouTube verfügbar.

Ebenfalls im Netz findet sich seit kurzem die **neueste Untersuchung zum Rechtsextremismus in Deutschland**. Sie ist im Auftrag der **Friedrich-Ebert-Stiftung** (FES) entstanden, zum wiederholten Mal, denn die FES lässt alle zwei Jahre zur Verbreitung, Entwicklung und den Hintergründen rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen forschen. Die im Dezember erschienene Studie trägt den Titel **Die angespannte Mitte**, hat 428 Seiten und **ist im Netz abrufbar**. Die Hauptaussage lautet, dass rechtsextreme Einstellungen geringfügig abgenommen haben sollen, aber es bleiben rund 20 Prozent, die nationalchauvinistischen Aussagen beipflichten. Andersherum und vielleicht etwas (zu) zugespitzt formuliert: »76,1 Prozent lehnen extrem rechte Einstellungen ab« (taz online vom 6.11.2025).



Die Parteien, Fraktionen und parteinahen Stiftungen produzieren reichlich Materialien, so natürlich auch DIE LINKE und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir stellen im Bürger\*innenbrief immer mal das eine oder andere Angebot vor, das zumeist kostenfrei abgerufen werden kann, sei es gedruckt oder via Internet. Hier sei einmal auf den **Kommunal-Newsletter** hingewiesen, **den DIE LINKE etwa alle zwei Monate verschickt**. Die neueste Nummer 278 vom 3. Februar thematisiert z.B. in der Rubrik »Aktuelles« Aktionen zur Mieter\*innenbewegung und ermöglicht einen Heizkostencheck. Mit Blick auf die Bundestagsfraktion der LINKEN geht es um die Dokumentation neuer kommunalpolitischer Anträge. Weitere Infos gibt es unter den Überschriften »Umfragen«, »Musteranträge«, »Veröffentlichungen« und »Termine«. Bestellmöglichkeit [hier](#).

Die neue Ausgabe der **Luxemburg**, das dreimal im Jahr erscheinende **Theorieorgan der Rosa-Luxemburg-Stiftung**, widmet sich einem in dunklen Zeiten besonders wichtigen Thema, den **Strategien der Hoffnung**. Und darum geht's in der Nr. 1/2026: »Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen geben kaum Anlass zu Optimismus. Doch wachsen gegen die Faschisierung auch Widerstände, der Handlungsdruck erzwingt das Nachdenken über neue Allianzen, in der Praxis der Pro-

teste entstehen neue Bündniskonstellationen. Eine breite gesellschaftliche Linke diskutiert und erprobt Strategien der Hoffnung und Solidarität. Kann aus dem Widerstand in den USA mehr werden, um MAGA von der Macht zu verdrängen? Wie weit tragen die Strategien einer Volksfront bzw. eines sozialen und intersektionalen Antifaschismus? Und welche kommunalen Strategien lassen hoffen?« Alles kostenfrei im Netz zu lesen oder auch als Printausgabe zu abonnieren.

Einen Beitrag zu der **Debatte um die außenpolitischen Positionierungen der LINKEN** haben vor wenigen Tagen Wulf Gallert, Ateş Gürpınar, Martin Schirdewan, Christoph Spehr, Ulrich Thoden, Kathrin Vogler und Harald Wolf geliefert. Auch wenn es natürlich nicht das einzige Statement dieser Art ist, bietet es doch bemerkenswerte Einblicke in die **Probleme, Prinzipien und möglichen Praxen linker Außenpolitik in der multipolaren Welt**, so der Titel des zehneitigen Papiers. Über diesen Link können im Übrigen weitere Beiträge des **Online-Debattecamp**s angeklickt werden. Darüber läuft die Beteiligung an der Erarbeitung eines neuen Grundsatprogramms der LINKEN.

Wer sich für die Politik auf Bezirksebene und einzelne Stadtteile aus Sicht der LINKEN interessiert, für den/die könnte das eine oder andere »graue« Periodikum etwas ergeben. Nehmen wir **Die Linkskurve**, das in größeren Abständen erscheinende **Organ der Eimsbütteler LINKEN**. In der zum Jahresanfang erschienenen, nur im Netz zugänglichen 18-seitigen Nummer geht es u.a. um Neuigkeiten aus dem Bezirk, den Stadtteilgruppen und



Unter diesem [Link](#) sind alle seit 2008 erschienenen Nummern abrufbar.



► **Klare Kante – for the many, not the few** ►

[Wenn diese Mail nicht richtig dargestellt wird, versuche es im Browser.](#)

👉 Du erhältst diesen Newsletter, weil Du Mitglied der LINKEN. Eimsbüttel bist oder ihn selbst abonniert hast.

👉 Damit die Linkskurve nicht immer in Deinem Spam-Ordner landet, nimm bitte [veranstaltung@die-linke-eimsbuettel.de](mailto:veranstaltung@die-linke-eimsbuettel.de) in Deine Kontakte auf.

📖 **Was für Dich drin ist**

👉 [Vorab](#)  
 🏠 [Deine Stadtteilgruppe](#)  
 🏢 [Dein Arbeitskreis](#)  
 📧 [Linkskurve abonnieren](#)

👤 [Celik: Schlapphütasen](#)  
 🗳️ [Eimsbütteler Fraktionsticker](#)  
 📌 [Soltz: Alexandra Kollontaj](#)

der Bezirksfraktion, der Bürgerschaftsabgeordnete Deniz Celik problematisiert den Verfassungsschutz, Ingar Soltys neues Buch über Alexandra Kollontai wird besprochen. Alles in allem eine sehr kurzweilige Lektüre, die durch ein Netzabo gerne verstetigt werden kann.

Noch viel mehr Daten zu Hamburg liefert natürlich das Statistikamt Nord. Ende November 2025 z.B. ist die neue Ausgabe der **Hamburger Stadtteil-Profile** erschienen. Darin finden sich für das **Berichtsjahr 2024** bekanntlich reichlich Zahlen zu den Bereichen Bevölkerung, Haushalte, Sozialstruktur, Wohnen, Infrastruktur und Verkehr, für jeden der 104 Stadtteile dargeboten auf jeweils zwei Seiten. Die Datensammlung gibt es seit einigen Jahren nicht mehr in gedruckter Form, sondern nur noch im Netz.

Bestimmt kennen viele Leser\*innen des Bürger\*innenbriefes die **Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft**. Gefühlt jeder dritte Artikel in den hiesigen Tageszeitungen hat hier seinen informativsten Ausgangspunkt. Wir haben die »Parldok« immer mal wieder zur eigenen Nutzung empfohlen. Weniger bekannt sein dürfte das Pendant, das **Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien des Deutschen Bundestags**. Allerdings ist diese Datenbank sehr groß und recht unübersichtlich. Das hat eine Sabrina Gehder aus Greven dazu veranlasst, einen **Bundestagszusammenfasser** zu entwickeln. Der ist nach Themen sortiert und vergleichsweise schnell lassen sich diejenigen Dokumente gerade Ausschau suchen, nach denen Mitte Dezember gehalten wird. 2025 hat die



## Bundestagszusammenfasser

Denn irgendjemand muss es ja machen.

Klasse Website von Sabrina Gehder

Europäische Union ein abgeschwächtes Lieferkettengesetz beschlossen (Tagesschau vom 16.12., ), selbstredend auf Kosten der Ausgebeuteten »in aller Herren Länder«. Die **Arbeitsgemeinschaft (AG) Welthandel und Entwicklung der Hamburger LINKEN** thematisiert diesen Skandal auf **zwei Veranstaltungen**. Am **Dienstag, den 17. Februar**, geht es um die schon fast kultige, für den ungerechten Welthandel stehende Chiquita

aus Mittelamerika, konkret um **Menschenrechtsverletzungen in der Bananenindustrie**. »Über die üblen Zustände beim Bananenanbau wird nur selten in den Medien berichtet«, so Hermann Kaienburg von der AG. »Konzerne wie Chiquita haben zwar Besserung gelobt, aber sie haben die Plantagen meist anderen überlassen und kaufen die Früchte von Zwischenhändlern, auf die sie rigoros Preisdruck ausüben, sodass die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht bleiben.« Diese Veranstaltung findet am besagten 17. Februar um 18.00 Uhr in der Burchardstraße 21 (4. Stock) statt. Am selben Ort findet dann am **Dienstag, den 17. März**, ebenfalls um 18.00 Uhr, ein weiterer Abend zum Themenkomplex statt, dieses Mal zu **Zwangsarbeit heute**. Im Mittelpunkt dabei etwa Kaffeelieferanten von Nestlé, steakproduzierende Rinderfarmen in Brasilien und westafrikanische Kakaoplantagen, in denen Kinderarbeit an der Tagesordnung ist. Manchmal könnte mensch an der Realität verzweifeln!

Im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12) geht es am **Freitag, den 20. Februar**, um 19.00 Uhr um **50 Jahre Kämpfe der Behindertenbewegung**. Die Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli hat in Kooperation mit dem Verlag Assoziation A dafür den **Autor Udo Sierck** gewinnen können, der an diesem Abend sein neues Buch zum Thema unter dem Titel »Frech und frei« vorstellen wird. Darin wird »vom Widerstand einer sich entwickelnden emanzipatorischen autonomen Behindertenbewegung seit Mitte der 1970er-Jahre« erzählt. Mehr über das Buch gibt es hier.



Am Freitag, den 20. Februar, wird zumindest schon mal in Hamburg zum erneuten Schul- und Universitätsstreik gegen die Wehrpflicht aufgerufen. Mit dem zweiten bundesweiten Streik geht es allerdings erst am **Donnerstag, den 5. März**, weiter. Hier ein Statement auf der zentralen Website: »Am 5. Dezember [2025] hat die Bundesregierung im Bundestag gegen unseren Willen über unsere Zukunft entschieden. und hat **erste Schritte hin zur Wiedereinführung der Wehrpflicht** beschlossen: verpflichtende Fragebögen für junge Männer ab jetzt, verpflichtende Musterung ab Juli 2027. Die Mehrheit der Jugendlichen lehnt die Wehrpflicht ab. Bis jetzt

waren schon über **55.000 Schüler\*innen dagegen auf der Straße** und haben die Schule bestreift. Für die Wehrpflicht gab es keine einzige Demo. Damit haben wir in ganz Deutschland deutlich gemacht: **Wir machen da nicht mit!**«

**Vom Hype zur Hoffnung**, so ist eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) überschrieben, in der es um die Situation **Ein Jahr nach dem Comeback der Linken geht**. Das Podium hat es in sich: Neben Helena Steinhaus (Sanktionsfrei e.V.) und Daniel Bax (taz-Redakteur, Autor des Buches »Die neue Lust auf links«) dürfte vor allem auch Heidi Reichinnek (Fraktionsvorsitzende DUIE LINKE im Bundestag) für Aufmerksamkeit sorgen. Die Debatte findet am **Montag, den 23. Februar**, von 19.00 bis 21.00 Uhr, statt, bei der RLS in Berlin. Kein Problem für diejenigen, die nicht extra anreisen wollen, die Diskussion wird per Livestream zu verfolgen sein.



Treffen am 23. Februar zusammen: Heidi Reichinnek, Helena Steinhaus und Daniel Bax (Foto: Homepage der RLS, siehe oben)

**Für ein gutes Leben für alle!** Das ist das Motto eines losen Zusammenhangs von Einzelpersonen und Gruppen aus Gewerkschaften, sozialer Arbeit, stadt- und sozialpolitischen Initiativen, der aus dem Bündnis »Solidarisch aus der Krise« hervorgegangen ist. Die Beteiligten sorgen die **aktuellen Angriffe auf soziale Mindeststandards und der damit einhergehende Rechtsruck**. Die Aktivist\*innen formulieren dabei klipp und klar: Eine andere Welt ist möglich und nötig! Und treffen sich zum Vernetzungs- und Planungstreffen das nächste Mal am **Dienstag, den 24. Februar**, um 19 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12).

Der Internationale Frauentag oder, in der aktualisierten Form, der Feministische Kampftag am **8. März** steht in diesem Jahr unter der Parole **Aufstand, Protest und Widerstand – Feministische Kämpfe vereinen!** Über die vielfältigen Veranstaltungen rund um dieses Datum informiert die Website. Im Mittelpunkt steht dabei sicher die **Demonstration** am **Sonntag, den 8. März**, um

13.00 Uhr ab Landungsbrücken. Nähere Informationen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Cansu Özdemir, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Hamburg, lädt zu einer Frauentags-Veranstaltung bereits am 1. März ein.

Am **Montag, den 9. März**, laden die *Kinder des Widerstands*, eine Gruppe von Nachfahr\*innen von Widerstandskämpfer\*innen im Nationalsozialismus, zu einer weiteren Veranstaltung ein. Sie widmet sich den **Alsterdorfer Anstalten und ihrer Rolle bei der willfährigen Realisierung des Euthanasieprogramms der Nazis, dem sogenannten T4-Programm**. T4 ist die Abkürzung für die halbverdeckt arbeitende verbrecherische Organisation mit Sitz in der Berliner Tiergartenstraße 4. An diesem Abend (den genauen Zeitpunkt bitte unter diesem Link abfragen) wird die Zeitzeugin und Opferangehörige **Antje Kosemund** über ihre jahrelange Spurensuche berichten und **Uwe Mletzko**, leitender Pastor der Stiftung Alsterdorf, über den Stellenwert, den Erinnerungskultur heute an diesem Ort hat. Das Publikum ist herzlich eingeladen, mitzudiskutieren. Ein Abend von und mit Gabriele Amelung, Michael Batz, Inés Fabig, Susan Johannsen, Simon Rebstock und Peter Zamory. Der Eintritt beträgt 10, ermäßigt 5 Euro. Spielort ist das **Studio Wiesendamm** des Jungen Schauspielhauses am Wiesendamm 28.

# Das Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof darf nicht sterben!

Seit Jahren stagniert das Projekt eines Zentrums zur Dokumentation der Deportationen zwischen 1940 und 1945. Geplant ist es in der HafenCity am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof, von wo aus die Nationalsozialisten tausende Hamburger\*innen in den Tod schickten. Nun haben sich am 27. Januar 44, seit Langem für die Verwirklichung dieses Gedenkortes engagierte Personen »in Sorge um den Stillstand in der Realisierung des Dokumentationszentrums« an die Öffentlichkeit gewandt. Wir nehmen nachfolgend den dramatischen Appell an den Hamburger Senat und den privaten Investor auf und unterstreichen zugleich unsere Solidarität mit dem darin geäußerten Anliegen. Der Appell kann gerne von weiteren Menschen unterzeichnet werden, bis zum 10. Februar waren es bereits 414 Personen.



Namens tafeln und historische Gleisanlagen am denk.mal Hannoverscher Bahnhof, 2020 (Foto: SHGL, Kati Jurischka)

## Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Tschentscher, sehr geehrter Herr Müller-Spreer!

Als Personen, die sich seit über zwei Jahrzehnten für ein Dokumentationszentrum in der HafenCity zur Erinnerung an die von 1940 bis 1945 erfolgten Deportationen vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof einsetzen, sind wir tief besorgt über Nachrichten, wonach die Realisierung dieses Projekts gefährdet ist. Nichts weniger als die Glaubwürdigkeit der Stadt und die Vertragstreue des Investors stehen hier auf dem Spiel.

Ein kurzer Rückblick: Vor über 20 Jahren begann ein mehrjähriger Beteiligungsprozess mit Kolloquien und Werkstattgesprächen. Mit dem Wettbewerb 2009 über die Gestaltung des Lohseparks, der Erarbeitung eines Grundkonzeptes und einer Modifikation des Masterplans HafenCity wurden im Doppelhaushalt 2011/2012 die Mittel für die Errichtung der Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof bereitgestellt. Die HafenCity Hamburg GmbH verkündete, dass »die Fertigstellung des Dokumentationszentrums [...] nach Sicherung der Finanzierung für 2012/2013 vorgesehen« sei. Probleme bei der Grundstücksverfügbarkeit und der Realisierungsträgerschaft verzögerten das von einem Beirat begleitete Vorhaben um Jahre.

Im Zuge der Fertigstellung des Lohseparks entstand immerhin mit der Fuge entlang der Gleise und den Überres-

ten des ehemaligen Bahnsteigs 2 ein Gedenkort mit Namens tafeln der über 8.000 aus Hamburg deportierten Jüdinnen und Juden, Sintizze und Sinti, Romnja und Roma. Die Einweihung am 10. Mai 2017 fand bundesweit große Beachtung.

Auch erfolgte 2017 der Vertragsabschluss über das für das Dokumentationszentrum vorgesehene Grundstück und dessen Bebauung mit einem Bürogebäude. Für die im Erdgeschoss geplante ca. 1.000 qm große Ausstellungsfläche wurde zwischen dem Käufer/Investor Harm Müller-Spreer und der Stadt ein Vertrag über ein 200 Jahre währendes mietfreies Dauernutzungsrecht geschlossen. Der Bund sagte im Dezember 2018 eine fünfzigprozentige Förderung der Ausstellungserarbeitung zu.

Im Februar 2020 begann der Bau mit einem gemeinsamen Spatenstich. Sie, Herr Müller-Spreer, hoben in der anschließenden Veranstaltung hervor, dass dieses Bauvorhaben für Sie eine große Ehre und angesichts Ihrer eigenen Familiengeschichte auch eine innere Verpflichtung sei. Als Anfang 2021 die Medien über die geplante Vermietung der Büroflächen an die Firma Wintershall Dea AG berichteten, führte dies angesichts deren NS-belasteter Vergangenheit zu öffentlicher Kritik und Protesten. In dem daraufhin eingeleiteten Mediationsverfahren führte das Angebot des Investors, an einem

eigenständigen Standort ein Ausstellungsgebäude im Rohbau auf seine Kosten zu errichten, zu einer Einigung. Sie, Herr Müller-Spreer, erklärten gegenüber dem Hamburger Abendblatt: »Es war mir ein Herzenswunsch, das Dokumentationszentrum von der Seite ins Zentrum des Parks zu rücken und einen Lernort für künftige Generationen zu schaffen.«

Nachdem im April 2022 der Schenkungsvertrag abgeschlossen, das Dauernutzungsrecht aufgehoben und im März 2023 der Wettbewerb für das Solitärgebäude entschieden war, hätte nach Abschluss der erforderlichen Vergabeverfahren und planerischen Anpassungen der Bauantrag vorbereitet und gestellt werden können. Am 30. September 2025 teilte der Senat jedoch mit, dass derzeit die Planungsarbeiten ruhen, »da der Schenker diese bis zur Klärung steuerrechtlicher Fragen zur Absetzbarkeit seiner Aufwendungen unterbrochen hat« (Drs. 23/1557).

Durch den bisher entstandenen Zeitverzug ist das noch überall genannte Eröffnungsdatum 2026/2027 inzwischen völlig illusionär. Wegen des Ablaufs der bereits bis 2026 verlängerten Frist für die Förderung des Ausstellungsverfahrens droht eine Rückzahlungsaufforderung des Bundes. Ein weiteres Problem: Der Schenkungsvertrag räumt für den Fall einer bis zum 28. Februar 2028 nicht vorliegenden Baugenehmigung beiden Seiten den Ausstieg aus dem Vertrag ein.

Das geplante Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof ist der bislang einzige Gedenkort in Norddeutschland, der Shoah und Porajmos gemeinsam in den Blick nimmt und die Einbettung der rassistischen Ausgrenzung und der Deportationen in die nationalsozialistische Gesellschaft zeigt. Trotz aller Fortschritte in der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur, von denen das im September 2023 vom Senat in die Bürgerschaft eingebrachte Gedenkstättenkonzept zu berichten weiß (Drs. 22/13023), droht Hamburg im Falle eines Scheiterns des Dokumentationszentrums in der HafenCity ein schwerer Schaden. Dass auch die allerletzten der wenigen Überlebenden der Deportationen den von ihnen erstrittenen Informationsort nicht mehr erleben werden, wäre schon tragisch und schwer hinnehmbar. Wenn aber in einer Zeit, in der vor dem Hintergrund des Anstiegs des Rechtsextremismus bei jungen Menschen die fehlenden Zeitgeschichtskennntnisse beklagt werden und zugleich die Forderungen nach einem Schlussstrich unter das Erinnern immer lauter werden, ein den Betroffenenverbänden und der Öffentlichkeit vielfach versprochenes Dokumentationszentrum ad acta gelegt würde, wäre dies für die Hamburger Erinnerungskultur eine Bankrotterklärung.

Der Hamburger Senat hat sich für den Wiederaufbau der infolge des Novemberpogroms von 1938 zerstörten Bornplatzsynagoge und für die Prüfung der Errichtung eines Jüdischen Museums als Orte für die Repräsentanz jüdischer Gegenwart und Geschichte ausgesprochen. Gerade weil es sich hierbei um »kein Holocaust-Museum« handeln soll, gilt es, das Scheitern des Dokumentationszentrums zu verhindern. Ansonsten hätte die Vermittlung der Verfolgungs- und Deportationsgeschichte in Hamburg keinen Ort.

Die Hamburger Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag 2025 unter der Überschrift »Erinnern für die Zukunft« erklärt: »Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns darum kümmern, das Bewußtsein für unsere historische Verantwortung hochzuhalten. Unsere Erinnerungskultur ist eine wesentliche Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Deshalb werden wir das Gedenkstättenkonzept systematisch umsetzen und insbesondere [...] das Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof realisieren.« (Koalitionsvertrag SPD-GRÜNE vom 24. April 2025, S. 120)

Wir fordern deshalb Sie, Herr Dr. Tschentscher, und den Senat dazu auf, nicht wortbrüchig zu werden. Zugleich appellieren wir an Sie, Herr Müller-Spreer: Beenden Sie den Planungsstopp, stehen Sie zu Ihren im Schenkungsvertrag abgegebenen Versprechen und fügen Sie der Erinnerungskultur in Ihrer Heimatstadt Hamburg keinen weiteren Schaden zu!

#### Erstunterzeichner\*innen:

**Dr. Linde Apel**, Kuratorin der Ausstellung »In den Tod geschickt«, Beirat Dokumentationszentrum; **Ruth Asseyer**, Journalistin und Wegbegleiterin des Projektes; **Frank Bajohr**, Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am IFZ München; **Michael Batz**, Autor, Dokumentarstücke Hamburgische Bürgerschaft; **Hanno Billerbeck**, 2012-24 Pastor für Kirchliche Gedenkstättenarbeit Neuen-gamme; **Christiane und Georg Chodinski**, Vorstand VVN-BdA Landesverband Hamburg; **Dr. Martin Doerry**, Journalist und Historiker, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme; **Andreas Ehresmann**, Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, Untersuchung der Bodenrelikte 2013-2014; **Prof. Dr. Stefanie Endlich**, Mitwirkung an der Konzeptentwicklung, Jurymitglied im Wettbewerb Lohsepark; **Gabriela Fenyes**, Ehem. Vors. Jüdische Gemeinde Hamburg, Expertenrunde ab 2007; **Prof. Dr. Detlef Garbe**, Beirat Dokumentationszentrum; **Christa Goetsch**, 2. Bürgermeisterin a.D.; **Norbert Hackbusch**, Politiker, dem Projekt seit über 15 Jahren verbunden; **Dr. Anna Hájková**, Universität Warwick, Beraterin Dokumentationszentrum; **Sabine Hanke**, Familienangehörige von jüdischen Deportierten; **Peter Hess**, Stolperstein-Initiative, Konzeption Museum am Ort des ehem. Hannoverschen Bahnhof, 2007; **Prof. Dr. Kirsten Heinsohn**, komm. Direktorin der Forschungsstelle f. Zeitgeschichte in Hamburg; **Ruben Herzberg**, Kinder vom Bullenhuser Damm e.V., ehem. Vors. Jüdische Gemeinde Hamburg; **Rudko Kawczynski**, Rom und Cinti Union, Expertenrunde Hannoverscher Bahnhof, seit 2007; **Cornelia Kerth**, Bundesvorsitzende VVN-BdA, Beirat Stiftung Hamburger Gedenkstätten; **Gottfried Köbler**, ehem. Direktor Fritz Bauer Institut, Beirat Dokumentationszentrum; **Susanne Kondoch-Klockow**, Vorstandsvorsitzende Auschwitz-Komitee; **Dr. h. c. Sonja Lahnstein-Kandel**, Vorsitzende Stiftung step21 für Toleranz und Verantwortung; **Prof. Dres h. c. Manfred Lahnstein**, Bundesminister der Finanzen a. D.; **Dr. Stephan Linck**, Ev. Akademie der Nordkirche, Studienleiter Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit; **Prof. Dr. Katja Makhotina**, Universität Erlangen-Nürnberg, Beirat Dokumentationszentrum; **Dr. Beate Meyer**, Beirat zur Ausstellung »In den Tod geschickt«, 2007-2009; **Dr. Sylvia Necker**, augeschichtliche Gutachten 2007-2009, Leitung LWL-Preußenmuseum Minden; **Helga Obens**, ehem. Vorstand des Auschwitz-Komitees (stellvertr. Vorsitzende); **Dr. Frank Reuter**, Forschungsstelle Antiziganismus (Universität Heidelberg); **Dr. Ortwin Pelc**, Abt.-Leiter »Juden in Hamburg« Museum f. Hamb. Geschichte bis 2018; **Marut G. Perle**, Auschwitz-Komitee, Beirat Dokumentationszentrum; **Dr. Ulrich Pohn**, Gutachten 2007-2009, Technische Universität Berlin; **Patrick Siegele**, OeAD ERINNERN:AT, Wien, Beirat Dokumentationszentrum; **Ulrike Sparr**, M.A., Stolpersteine-Initiative Hamburg; **Prof. Dr. Michael Wildt**, Beiratsvorsitz Ausstellung »In den Tod geschickt«, 2007-2009; **Ingo Wille**, Stolperstein-Initiative Hamburg, Beirat Dokumentationszentrum; **Ursula Wamser**, Dokumentationsjournalistin, Übersetzerin der Lebenserinnerungen von Lucille Eichengreen; **Dr. Wilfried Weinke**, Publizist, Kurator zeitgeschichtlicher Ausstellungen; **Arnold Weiss**, Vors. Landesverein der Sinti in Hamburg, Beirat Dokumentationszentrum; **Dr. Kim Wünschmann**, Institut für die Geschichte der deutschen Juden; **Andreas Wittenberg**, Familienangehöriger von jüdischen Deportierten; **Peter Mordechai Zamory**, Sprecher Grüne Bürgerschaftsfraktion für Erinnerungskultur, 2020-2025.



Von Cansu Özdemirs Homepage

## Ein Jahr aus Hamburg im Bundestag

Fast genau ein Jahr ist es her, dass am 23. Februar 2025 die Neuwahl zum 21. Deutschen Bundestag stattgefunden hat. Zur allgemeinen Überraschung und unserer besonderen Freude sorgte der enorme Stimmenzuwachs für DIE LINKE dafür, dass aus Hamburg Jan van Aken und Cansu Özdemir in das Berliner Parlament einzogen. Von Jan ist als Co-Parteivorsitzendem öfters zu lesen, von Cansu dagegen seltener. Wir nehmen daher ihren stimmungsvollen Bericht über ihr erstes Jahr im Bundestag auf. Gespickt hat sie ihn mit Verweisen auf verschiedene Zeitungsartikel, die wir hier ebenfalls gerne wiedergeben.

### Liebe Leser\*innen,

das letzte Jahr war voller politischer Überraschungen: Nach dem Erfolg der Linkspartei bei den Wahlen sitze ich inzwischen als außenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Mit diesem Newsletter möchte ich euch zeigen, was mich bewegt, und meine Heimat Hamburg mit dem politischen Berlin verbinden.

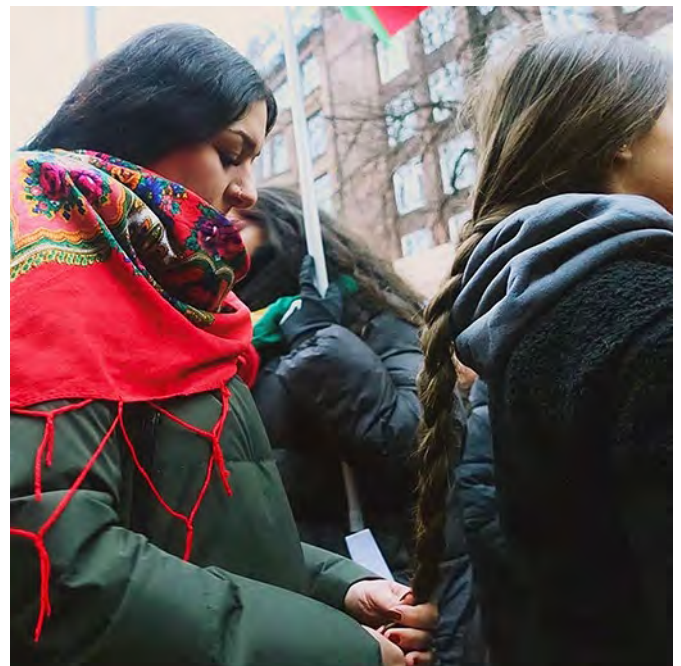
Aber erst mal möchte ich mich bedanken: Danke von Herzen für euer Vertrauen, eure Unterstützung und euren Mut, dranzubleiben. Ohne euch wäre das alles nicht möglich.

### Von Hamburg nach Berlin

Erinnert ihr euch? Anfang 2025 lag Die Linke bundesweit bei 3 bis 5 Prozent. Aus einem Wahlkampf wurden plötzlich zwei: Mit meiner lieben Kollegin Heike Sudmann zog ich als Spitzenkandidatin in den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf, während mein Bundestagslistenplatz zunächst kaum Bedeutung hatte. Doch es kam anders.

Mit enormem Einsatz, einem Haustürwahlkampf an über 600.000 Türen, klaren Themen und dem Engagement unzähliger Mitglieder kämpften wir uns auf 8,8 Prozent hoch. Wir holten mehrere Direktmandate, zogen mit 64 Abgeordneten in den Bundestag ein und ich wurde gewählt.

Nach vielen Gesprächen und reiflicher Überlegung – schließlich habe ich ein kleines Kind – stand für mich fest: Ich nehme das Mandat an. (Zum Nachlesen: [welt online](#) vom 28.2.2025)



Politalltag Demoteilnahme (Foto: Bundestagsfraktion DIE LINKE)

### Auswärtiger Ausschuss

Meine Fraktion hat mich zur außenpolitischen Sprecherin gewählt und in den Auswärtigen Ausschuss berufen. Dort sind alle Parteien des Bundestags vertreten und es werden die zentralen außenpolitischen Weichen gestellt. Im Interview mit [Der Freitag](#) spreche ich über meine Motivation und Schwerpunkte in der Außenpolitik.

Natürlich muss ich nicht alle Länder der Welt behandeln, das wäre nicht zu stemmen. Vielmehr teilen wir uns die Regionen mit den außenpolitisch arbeitenden Kolleg\*innen aus der Fraktion auf. Mein Schwerpunkt liegt auf West-, Ost- und Südasien und Nordafrika – unter anderem mit Blick auf Länder wie Marokko, die Türkei, Syrien, Iran sowie China.

Mehr zu meiner Arbeit, Reden und Initiativen im Bundestag findet ihr hier:

## Mitgliedschaft in Ausschüssen und Gremien

### Auswärtiger Ausschuss

Ordentliches Mitglied

### AK V

Sprecherin für Außenpolitik

## Pressemitteilungen von Cansu Özdemir

### Reden von Cansu Özdemir

### Parlamentarische Initiativen von Cansu Özdemir

## Reise nach Silêmani: Signal für Frieden

Im Juli war ich gemeinsam mit unserem Parteivorsitzenden Jan van Aken bei einer symbolischen Entwaffnungszeremonie der PKK in Silêmani. Dieser Schritt ist ein wichtiges Zeichen des Friedenswillens und kann den Startpunkt für einen politischen Prozess markieren. Dabei ist das Verhalten der Türkei entscheidend. Ein glaubwürdiger Friedensprozess hätte große Bedeutung für die Region und auch für Deutschland, wo die PKK seit 1993 verboten ist. Ich unterstütze diesen Weg ausdrücklich: Deeskalation statt Doppelmoral – für Frieden und politische Teilhabe.

Auch Rojava ist durch das syrische Regime derzeit akut bedroht: Statt demokratischer Strukturen und Geschlechtergerechtigkeit unterstützt die Bundesregierung einen dschihadistischen Kämpfer, al-Jolani, der inzwischen Anzug und Krawatte trägt und sich al-Scharaa nennt. Von Anfang an hat seine Regierung verschiedene Bevölkerungsgruppen wie die Alawiten und Drusen massakriert. Wir haben dazu bei den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestags ein Gutachten in Auftrag gegeben, das dies bestätigt.

## Cansu Özdemir

Geboren am 8. September 1988

Landesliste Hamburg | **Biographie** (im Internet)



Finde Cansu! (Foto: Bundestagsfraktion DIE LINKE)

Ich bin am 8. September 1988 in Hamburg geboren und arbeite heute als außenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag sowie als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Aufgewachsen bin ich als Tochter kurdischer Eltern in Hamburg-Osdorf. Seit meiner Jugend engagiere ich mich in der kurdischen und feministischen Bewegung sowie in Gleichstellungs-, Friedens- und Sozialpolitik.

Nach meinem Abitur habe ich Kulturanthropologie und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg studiert. Bereits mit 16 Jahren organisierte ich Kampagnen gegen Femizide und patriarchale Unterdrückung sowie Proteste gegen Kriege und Grundrechtsverletzungen. 2009 entschied ich mich, der Partei Die Linke beizutreten. Von 2011 bis 2025 war ich Abgeordnete der Hamburgischen Bürger-

schaft, seit 2015 Vorsitzende der Hamburger Linksfraktion und eine der bekanntesten Politiker\*innen Hamburgs. Im Februar 2025 wurde ich in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort vertrete ich eine konsequent friedenspolitische und menschenrechtliche Position. Mein Ziel ist eine feministische und gerechte Außenpolitik, die auf Dialog, Völkerrecht, Selbstbestimmung und globale Solidarität setzt – ohne Waffenexporte und Militärinterventionen.

Meine feministische Haltung prägt meine Außenpolitik. Dabei stehen immer die Menschen im Mittelpunkt, nicht wirtschaftliche oder staatliche Interessen. Für mich ist der Schutz vor Gewalt und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben das Wichtigste.

Ich lebe mit meiner Familie in Hamburg-Osdorf.

**Syrien: Pressegespräch zur aktuellen Eskalation**

Im Juli habe ich außerdem gemeinsam mit Jan van Aken Vertreter\*innen verschiedener Bevölkerungsgruppen aus Syrien zu einem Pressegespräch eingeladen. Anlass war der Gewaltausbruch in Al-Suweida. Die Lage in Syrien ist weiterhin lebensgefährlich: Gewalt, Vertreibung und schwere Menschenrechtsverletzungen treffen vor allem diejenigen, die nicht in das islamistische Bild des Regimes passen.

Als parlamentarische Maßnahme haben wir einen Antrag zu Syrien eingebracht und fordern Folgendes von der Bundesregierung: Es braucht Schutz für die Zivilbevölkerung, eine unabhängige internationale Untersuchung der Verbrechen, auch die von Assad. Für mich ist auch klar: Abschiebungen nach Syrien darf es nicht geben.

**Feministische Außenpolitik: Was sie für uns bedeutet.**

Feministische Außenpolitik hat unter der vorherigen Bundesregierung an Ansehen verloren – das ist mir bewusst. Für mich ist sie jedoch kein Trend, sondern untrennbar mit der Art verbunden, wie ich Politik mache. Politik ohne feministische Perspektive ist für mich unvorstellbar. Schließlich komme ich aus der kurdischen Frauenbewegung. Außenpolitik sollte dem Wohl der Menschen dienen, nicht staatlichen Interessen. Ich setze mich dafür ein, dass sie sich an Geschlechtergerechtigkeit, dem Schutz der LGBTIQ+Community, an Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und dem Völkerrecht orientiert – statt an Machtpolitik, Militarismus und Doppelmoral. Dazu gehört, marginalisierte Perspektiven konsequent einzubeziehen und patriarchale, unterdrückere sowie rassistische Strukturen zu benennen und zu bekämpfen.

Aus der Opposition heraus nutzen wir dafür parlamentarische Kontrolle, Fragen an die Bundesregierung, Anträge

und Öffentlichkeitsarbeit, die wir gemeinsam mit zivil-gesellschaftlichen Akteur\*innen gestalten. Ein Beispiel ist Syrien, wo wir die Bundesregierung für ihre Politik kritisieren und ein stärkeres Engagement für den Schutz gefährdeter Gruppen einfordern.

**BPA-Fahrt nach Berlin**

Im November gab es für mich ein sehr schönes Ereignis: Ich durfte meine erste Besucher\*innen-Gruppe aus Hamburg im Bundestag begrüßen. Das Bundespresseamt (BPA) ermöglicht solche Fahrten nach Berlin, inklusive Bundestagsbesuch und persönlichem Austausch mit mir. Ich freue mich sehr, dass es auch in diesem Jahr wieder drei BPA-Fahrten gibt – meldet euch gern an:

**BPA-Fahrt Cansu Özdemir (April 2026)**

Erlebe Politik hautnah im Bundestag!  
Jetzt zur BPA-Fahrt mit MdB Cansu Özdemir anmelden.  
Du wolltest schon immer einmal hinter die Kulissen des Deutschen Bundestags blicken? Eine spannende Plenarsitzung live miterleben und mehr über unsere Demokratie erfahren? Dann ist jetzt deine Chance!

MdB Cansu Özdemir lädt dich ein zur BPA-Fahrt nach Berlin – eine spannende politische Bildungsreise mit vielen Eindrücken und Einblicken.

- Wann? Am 14. und 15. April 2026
- Woher? Start in Hamburg, bequeme Anreise mit der Bahn
- Wohin? Direkt ins politische Herz Deutschlands – den Bundestag in Berlin

Inklusive:

- An- und Abreise

Soweit erst mal von mir. Mit den besten Wünschen und solidarischen Grüßen  
*Eure Cansu*

## Literat und Klassenkämpfer – Willi Bredel zum 125. Geburtstag

Von Stefan Kraus\*

Im Mai 2026 jährt sich zum 125. Mal der Geburtstag des Hamburger Arbeiterschriftstellers Willi Bredel, der am 2. Mai 1901 in Hamburg zur Welt kam. Er war Klassenkämpfer, Kommunist, Kulturfunktionär und Literat im Engagement für eine sozialistische und damit gerechtere Welt. Er schuf Romane und Erzählungen, die die Zeit der revolutionären Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstands im 20. Jahrhundert auf einzigartige Weise eingefangen haben und dem politischen Roman zuzuordnen sind. Wer sich heute ein Bild über diese Zeit machen möchte, kommt an Bredel nicht vorbei. So schuf er mit der Romantrilogie »Verwandte und Bekannte« den proletarischen Budenbrook, sein wohl bestes Buch.

Der gelernte Dreher war in den Zwanzigerjahren in verschiedenen Hamburger Betrieben wie Blohm & Voss und Nagel & Kaemp, deren Produktionshallen heute das Kulturzentrum »Kampnagel Internationale Kulturfabrik« beherbergen, tätig. Als Betriebsrat engagierte er sich für bessere Arbeitsbedingungen und schrieb darüber für



Willi Bredel, 1901–1964 (Foto: Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e.V.)

die kommunistische Tagespresse, was ihm zwei Jahre Festungshaft einbrachte. Während dieser Haftzeit verfasste er seine ersten Romane. Darin schilderte er die von Akkordlohn und Rationalisierung geprägte Fabrikarbeit (»Maschinenfabrik N & K«), beschrieb den proletarischen Alltag im Karolinentviertel (»Rosenhofstraße«) und beschäftigte sich mit der sozialen Demagogie der Nazis (»Der Eigentumsparagraf«).

Schon kurz nach seiner Haftentlassung wurde der engagierte Antifaschist Anfang 1933 im KZ Fuhlsbüttel festgesetzt und war schwersten Folterungen ausgesetzt. Im Mai 1934 aus der Haft entlassen, gelang ihm die Flucht nach Prag. Dort schrieb er den Roman »Die Prüfung«, in dem er die grauenhafte KZ-Haft verarbeitete und der ihn schlagartig bekannt machte. Ab Juli 1934 lebte Bredel in Moskau, wo er zusammen mit Bertolt Brecht und Lion Feuchtwanger ab 1936 die Literaturzeitschrift »Das Wort« herausgab, die zu einer der führenden Exilzeitungen avancierte.

Mitte 1936 erreichte der stalinistische Terror, der vor Niemandem mehr Halt machte, seinen ersten Höhepunkt. Die Schriftsteller des deutschen Exils in Moskau, unter ihnen auch Willi Bredel, mussten in nächtelangen Sitzungen über ihre vermeintlichen Verfehlungen Selbstkritik üben und sprachen auf Druck von oben haltlose Verdächtigungen gegen ihre Kollegen aus. Bredel konnte sich diesem Druck nicht entziehen und nahm an diesen entmenslichten Praktiken teil. Er wurde aber auch selbst zur Zielscheibe von Anschuldigungen, sodass sein Verhalten zwar nicht zu entschuldigen, aber zu verstehen ist, weil er verzweifelt um sein Leben kämpfte. Im Juli 1937 schloss sich Bredel den Internationalen Brigaden an, einer Freiwilligenarmee, die auf Seiten der Spanischen Republik gegen Franco kämpfte. Im Dezember 1937 wurde er von der Front abgelöst und schrieb in Barcelona die Geschichte der XI. Internationalen Brigade und den Roman »Begegnung am Ebro« ab, der seine individuellen Erlebnisse als Kriegskommissar an der Front wiedergibt.



Bredels in Hamburg spielende Trilogie »Verwandte und Bekannte«, hier im Netz.

Im Juli 1939 kehrte er in die UdSSR zurück. Dort entstand mit dem Roman »Die Väter« der erste Band der Trilogie »Verwandte und Bekannte«, in der die Geschichte des deutschen Proletariats ab 1870 dargestellt wird. Der Roman verarbeitet den Aufstieg und Niedergang der revolutionären Sozialdemokratie von 1871 bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs

1914 am Beispiel einer Hamburger Arbeiterfamilie, eben den »Verwandten und Bekannten«, so der ursprüngliche Titel des Buches. Nach dem Überfall der Hitlerarmeen auf die Sowjetunion nahm er mehrmals an Fronteinsätzen teil und war Augenzeuge der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad.

Im Mai 1945 kehrte Bredel nach Deutschland zurück und nahm verschiedene kulturpolitische Aufgaben zuerst in Schwerin und ab 1949 in Berlin wahr. Im selben Jahr beendete er den zweiten Band der Trilogie »Verwandte und Bekannte« mit dem Titel »Die Söhne«. Der spielt erneut in und um Hamburg und behandelt die Zeit zwischen 1916 und 1930. Dank seines dokumentarischen Erzählens mit viel lokalpolitischem Kolorit erhält der Leser interessante Sichten auf die revolutionären Ereignisse und intensive Einblicke in das kommunistische Arbeitermilieu der Zwanzigerjahre.

Ab 1954 gehörte er dem Zentralkomitee der SED an und war für kulturelle Themen zuständig. Die Enthüllungen über den Stalinismus während des XX. Parteitags der KPdSU 1956 lösten in ihm eine Selbstprüfung aus. Er forderte öffentlich eine pluralistische Kulturpolitik und kritisierte den Personenkult der SED. Allerdings brach Bredel nicht mit der Partei und war auch bereit, sich von Menschen, die er gut kannte, öffentlich zu distanzieren, sofern die Partei das von ihm verlangte. Allerdings setzte er sich hinter den Kulissen für Verfemte wie zum Beispiel den Verleger Walter Janka ein. Obwohl Bredel höchste politische Ämter in der DDR bekleidete, war er kein typischer Funktionär.



Grabstein auf dem Friedrichsfelder Zentralfriedhof (Foto: Stefan Kraus)

Während seiner Berliner Zeit vollendete Bredel die Romantrilogie »Verwandte und Bekannte« mit dem Band »Die Enkel«. Darin erzählte er die Geschichte der Hardekopfs zu Ende und behandelt die Zeit von 1933 bis 1948. Das Roman-geschehen weitet sich nun zur Epochendarstellung und schildert die dramatischen Ereignisse dieser Zeit. Die Beschreibungen aus erster Hand sind auch für den heutigen Leser aufgrund ihrer Authentizität faszinierend. Am 27. Oktober 1964 verstarb Willi Bredel im Alter von 63 Jahren. Er ist auf dem Friedrichsfelder Zentralfriedhof in Berlin in der Gedenkstätte der Sozialisten (Urnenwand) bestattet.

Im Jahr 1988 gründeten Verfolgte des Nazi-Regimes, Historiker und interessierte Bürger\*innen in Fuhlsbüttel die Geschichtswerkstatt mit dem Namen »Willi-Bredel-Gesellschaft«, nachdem ihr zivilgesellschaftliches Engagement zur Errichtung der Gedenkstätte KZ Fuhlsbüttel im ehemaligen Torhaus der JVA Fuhlsbüttel geführt hatte. Als prominentester Häftling des KZ Fuhlsbüttel war es nur logisch, Bredel zum Namensgeber der Geschichtswerkstatt zu wählen. Nach nun fast 40 Jahren meint die Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP im Bezirk Nord, dass das Maß kritischer Stadtteilgeschichte voll sei, und fordert, ab 2027 der Geschichtswerkstatt die Fördermittel zu entziehen. Als fadenscheinige Begründung werden antikommunistische Reflexe aus den Zeiten des Kalten Kriegs aktiviert, um die erfolgreiche Ar-

beit einer lokalen Geschichtswerkstatt abzuwürgen. Bredel ist nun einmal, wenn auch unfreiwillig, der prominenteste Fuhlsbüttler und einer der bedeutendsten Hamburger Literaten. Weil er vielen zu widerständig war, soll die Erinnerung an ihn ausgelöscht werden. Es ist schon ein bemerkenswerter Tatbestand, dass man sich in Hamburg einer seiner bedeutendsten Söhne schämt. Das hat Bredel sicher nicht verdient.



P.S.: Mehr zur Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e.V. mit Sitz am Ratsmühlendamm 24 in Fuhlsbüttel gibt es hier. Gegen die mögliche Beendigung der bezirklichen Zuwendung haben bereits verschiedene Gruppierungen und Personen protestiert, darunter die Fraktionen der GRÜNEN und der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Jetzt ist weitere Solidarität vonnöten.

\* *Stefan Kraus* ist Mitglied der Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e.V.

## VSA: Neue Bücher schon jetzt & demnächst zu haben



**Joachim Rock**  
**Armut? Abschaffen!**  
Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land | Fakten, Hintergründe, Vorschläge  
160 Seiten | € 14.80  
ISBN 978-3-96488-249-3



**David Harvey**  
**Marx' »Grundrisse« lesen**  
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene  
Aus dem Englischen von Mareike Borrger, Leo Koch und Klara Steenken  
432 Seiten | € 29.80  
ISBN 978-3-96488-187-8



**Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen**  
**Gewerkschaft, ja bitte!**  
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 5. aktualisierte Ausgabe 2026  
480 Seiten | Hardcover  
viele Abbildungen | € 24.80  
ISBN 978-3-96488-250-9



**Laura Bremert/Markus Hoppe/Bettina-Johanna Krings/Werner Schmidt (Hrsg.)**  
**Der Betrieb als sozialer Ort im Umbruch**  
Kollegialität und Solidarität trotz Homeoffice, New Work und Agilität?  
184 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-247-9



**Ingar Solty**  
**Innere Zeitenwende**  
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift  
120 Seiten | € 12.00  
ISBN 978-3-96488-259-2

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

## Kulturtipp

# »Kultur unter Kontrolle«

Von Michael Joho



Die Ausstellung in der Rathausdiele (Fotos: M. Joho)

Das ist der Titel einer Ausstellung, die zurzeit in der Rathausdiele kostenfrei zu besichtigen ist. Noch bis zum 10. März illustrieren die Ausstellungswände, wie die hamburgische Kulturpolitik den Übergang in den Nationalsozialismus vollzogen hat. Wir kennen viele Veröffentlichungen zum Terror und zur Verfolgung in der NS-Zeit, bekannt sind auch einzelne Facetten der Kulturpolitik wie z. B. die anfangs durchaus zwiespältige Bekämpfung der Moderne in der Bildenden Kunst und den nazistischen Kampfbegriff der »entarteten Kunst«, ein Gesamtüberblick über die »Gleichschaltung« (auch so ein NS-Begriff) der Kultur hat es aber bisher, zumindest für Hamburg, nicht gegeben. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Bestände der Kulturbehörde bei Kriegsende weitgehend vernichtet wurden, aber sicher spielen auch Verdrängung und Kaschieren der Verstrickungen eine Rolle.

Interessant war für mich in der von der Kulturbehörde bei einer Gruppe von Wissenschaftler\*innen in Auftrag gegebenen Ausstellung beispielsweise die Information, dass diese Behörde eine Schöpfung aus der NS-Zeit ist; vorher beruhte

die Arbeit im Kultursektor weitgehend noch auf Privatinitiativen. So ist im Oktober 1933 als »Behörde für kirchliche und Kunstangelegenheiten« gebildet worden. Ihre erste Aufgabe: die Entlassung missliebiger und jüdischer Beschäftigter in den Kultureinrichtungen. Als weitere Schwerpunkte wurde die Neuausrichtung der Kunstmuseen und der Landeskunstschule und die Förderung der »Volkstumsarbeit« angegangen. Nach dem Besuch der Ausstellung hatte ich über die Kulturpolitik im NS-Hamburg einen guten Einblick bekommen, über die Strukturen und einzelne Maßnahmen, über die Biografien von aufgestiegenen Behördenmitarbeiter\*innen und verschiedene Verfolgungsschicksale von Künstler\*innen.

Die Ausstellungstafeln sind – ergänzt um einen informativen Beitrag zur »Hamburger Kulturpolitik im Nationalsozialismus« – in einer knapp 100-seitigen Broschüre zusammengefasst und zum Preis von 5 Euro im Rathaus zu erwerben.

Wer sich ein bisschen einlesen möchte, kann dafür einige Besprechungen in Zeitungen heranziehen. Ich empfehle da zwei Beiträge Online vom 3. Februar: einen recht langen »Abendblatt«-Artikel sowie eine Notiz des NDR, die auch die Termine des Begleitprogramms nennt. →



Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg